

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abohrenheitspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntägl. M. 2-75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5--. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Reaktion: Bettinerplatz 10. Ed. 25 261.
Sprechstunde nur donnerstags von 12 bis 1 Uhr.
Reaktion: Bettinerplatz 10. Ed. 25 261.
Sprechstunde von 8 Uhr morgens bis 2 Uhr abends.

Inserate werben die Eingesetzte Zeitzeile mit 80 % berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 %. Inserate müssen bis spätestens $\frac{1}{2}$, 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im

Nr. 73.

Dresden, Mittwoch den 29. März 1916

27. Seite

An die Partei!

Was von einem Teil der Parteiminderheit seit Monaten systematisch vorbereitet wurde, ist jetzt unheilvolles Ereignis geworden. 18 Mitglieder der Reichstagsfraktion, die schon durch ihr Sondervorgehen am 21. Dezember die Parteieinheit aufs schwerste gefährdeten, haben am letzten Freitag durch ein erneutes, noch weit mehr parteischädigendes Votum die Fraktionsvereinbarkeit vernichtet.

Wir haben es seit geraumer Zeit an eindringlichen Warnungen gegen die Spaltungspläne und die Zersetzungarbeit jener Gruppe nicht fehlen lassen. Wir haben auf die schweren Gefahren hingewiesen, die aus solch unverantwortlichem Vorgehen unfehlbar für die ganze deutsche Arbeiterschaft entstehen müssen. Alle Mahnungen und Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Hartnäckig und jedem parteigenössischem Ratschlag unzugänglich, sind diese Parteimitglieder auf ihrem verderblichen Wege weitergegangen. Sie haben die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die solange ein Stolz der deutschen Arbeiterklasse war, gesprengt. Dieses Zersetzungstreiben zieht aber mit Notwendigkeit weitere und noch schlimmere Folgen nach sich: Seit ist die Fraktion gesprengt worden, und schon ist man dabei, wie es Einige mit dreifester Offenheit ankündigten, das organisatorische Gefüge der Partei selbst auseinanderzuprengen. Wenn jetzt nicht die Parteigenossen in unerschütterlicher Treue zur Partei stehen, so wird die Gefahr einer vollständigen Zerrüttung unserer armen Partei heraufbeschworen werden.

Jerrüttung unserer großen Partei herausbeschworen werden.

Unter denkbar schroffsten Provokationen haben die Achtzehn den Bruch mit der Fraktion vollzogen. Als Disziplinbruch nicht nur, als Treubruch ist dieses Vorgehen bereits von der Fraktion gekennzeichnet worden. Und mit Recht! Niemand konnte erwarten, daß das Etatsnotgesetz zum Anlaß der neuen Sonderaktion benutzt werden sollte. Das Notgesetz bedeutet lediglich eine Ermächtigung für die Fortführung der Reichsgeschäfte im Rahmen des bisherigen Etats, weil der ordentliche Etat bis zum 1. April nicht fertiggestellt werden konnte. Die Fraktion hat sich ihre Stellung zum Hauptetat 1916/17 ausdrücklich vorbehalten. Solche Notgesetze sind in früheren Jahren stets erledigt worden, ohne daß unsere Fraktion dabei eine politische Debatte für angebracht hielt. Es war stets ein für die Politik unserer Partei unwesentlicher Vorgang. Niemand von den Achtzehn hat in der Fraktionsforschung, in der über das Etatsnotgesetz diskutiert wurde, auch nur mit einem Wort angedeutet, daß sie sich dem Beschuß nicht fügen und eine Sonderaktion im Reichstag unternehmen würden. Ja, sie hatten sogar schon am Tage vorher die Sonderaktion verabredet und ausdrücklich beschlossen, diese Absicht der Fraktion zu verheimlichen. Dieses empörende Verfahren hat die ereigneten Vorgänge im Reichstag herausgehoben.

Es ist wieder die Behauptung aufgestellt worden, daß die Mehrheit der Fraktion im Widerspruch zu der früher geübten Praxis, das Verlangen der Minderheit, einen Redner aus ihrer Mitte zu nehmen, abgelehnt, und so die Minderheit vergewaltigt habe. Das ist eine durchaus wahrheitswidrige Darstellung. Die Parteigenossen konnten aus den Reichstagsberichten entnehmen, daß, wie früher, so auch in der Kriegszeit, stets Fraktionsmitglieder der verschiedenen parteitaktischen Auschauungen als Redner bestellt worden sind. Seit Kriegsbeginn haben 22 Redner der Minderheit und 30 Redner der Mehrheit im Reichstag gesprochen. Noch am Tage vorher hatte ein Redner der Minderheit zur Steuerdebatte im Auftrage der Fraktion das Wort erhalten. Das Verlangen der Minderheit war aber ein anderes. Sie forderten für sich das Recht, einen den Fraktionsbeschlüssen widersprechenden Standpunkt zu vertreten. Etwas Derartiges ist selbstverständlich niemals Praxis in unseren parlamentarischen Körperschaften gewesen. Nie ist es gestattet gewesen, daß ein Redner unserer Partei für ein Gesetz, der andere gegen dasselbe sprechen konnte. Stets hat sich die Minderheit den Beschlüssen der Fraktion unterordnet.

Ein nicht minder schwerer Verstoß gegen die Wahrheit liegt in der Behauptung, die achtzehn Mitglieder seien zur Gründung der neuen Fraktion veranlaßt worden, weil sich innerhalb der Mehrheit eine Ablehnung von dem bisherigen sozialdemokratischen Standpunkt vollzogen habe. Wir weisen es von neuem aufs entschiedenste zurück, wenn man die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit als eine Ablehnung von den sozialdemokratischen Grundsätzen auszugeben versucht. Die Fraktion hat so gehandelt, wie sie auf Grund der stets von der Partei zur Landesverteidigung eingenommenen Stellung zu handeln verpflichtet war. Sie befand sich dabei auch in Übereinstimmung mit zahlreichen Erklärungen der berufensten Wortführer des Sozialismus, von Marx und Engels bis Wilhelm Liebknecht und Bebel. Es ist verwerflich, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten derart zur Erfüllung der Parteigenossen auszunutzen, daß der eine Teil der Partei den anderen des Rerrats an den sozialdemokratischen Grundsätzen hält.

Die Gründer der neuen Fraktion machen den Versuch, ihr Unternehmen der Parteigenossen in möglichst harmloser Beleuchtung vorzuführen. Es sei sagen sie, nur die Konsequenz ihres Vorgehens am 21. Dezember; es sei ein unschädlicher Vorgang, der nicht zur Parteispaltung führen werde. Es ist jedoch eine innere Möglichkeit, daß eine einheitlich organisierte Partei in einem Parlament zwei Fraktionen haben kann. Die beiden Fraktionen werden nicht miteinander im Dienste der Arbeiter wirken können, und das selbständige Auftreten der neuen „Arbeitsgemeinschaft“ wird fortgesetzt zu Streitigkeiten Anlaß geben. Wer wird glauben, daß die Spaltung der Fraktion ohne verhängnisvolle Rückwirkungen auf die Parteorganisationen im Lande bleiben kann? Nicht nur droht die Gefahr, daß der Zank um die Fraktionspaltung überallhin verwirrend und das Parteileben vergiftend sich ausbreiten wird. Es werden sich einzelne Parteigenossen und Gruppen finden, die durch das Vorbild der neuen Fraktion verlockt, die Frage stellen: Was den Reichstagsabgeordneten recht ist, sollte es uns nicht billig sein? Sollen die Genossen und Genossinnen im Lande es auch fernerhin als ihre Pflicht erachten, die Einheit der Organisation und die Einflügung in die von ihren Organisationen gefassten Beschlüsse hochzuhalten, während Abgeordnete, Genossen in höchsten Ehrenämtern der Partei diese Pflicht mit Füßen treten dürfen? Soll es Parteigenossen erster und Parteigenossen zweiter Klasse geben? Jeder Parteigenosse, der nur ein wenig im Parteileben mitgearbeitet hat, erkennt ohne weiteres, daß jene Separatisten unser ganzes Parteidasein aufs Spiel setzen. Die Gefahr, von der die deutsche Sozialdemokratie bedroht wird, ist scharf anzusehen.

demokratie bedroht wird, ist überaus groß! Und was soll nach der Meinung der Achtzehn Sinn und Zweck der idem
den Aktionen sein? Es soll durch Ablehnung der Kriegsmittel und oppositionelle
Kundgebungen auf die deutsche Regierung ein Druck ausgeübt werden, damit das Ende
des Krieges bald herbeigeführt werde. Das ist aber eine gänzlich verfehlte
Vorstellung. Die Regierungen des Bierverbandes, die bisher jede Bereitschaft
zu Friedensverhandlungen von sich gewiesen haben, sehen ihre Hoffnung auf eine lange
Dauer des Krieges. Sie stellen dabei in Rechnung nicht nur die wirtschaftlichen
Schwierigkeiten, sondern auch das Auflammen innerer Zivietracht im deutschen Volke.
Und die sozialistische Fraktion in Frankreich wie die Arbeiterpartei in England teilen
diese Auffassung und haben die Politik ihrer Regierungen, denen sie selbst angehören,
in jeder Weise unterstützt. Die deutsche Sozialdemokratie hat seit mehr als Jahres-
frist für die Beendigung des grausigen Blutvergehens sich andauernd bemüht. Sie
hat alles, was in ihrer Macht stand, getan, um die internationalen Verbindungen mit
den sozialistischen Parteien wieder herzustellen und eine in allen Ländern gleichzeitige
und gleichmäßige Bewegung für den Frieden herbeizuführen. Aber alle Bemühungen
sind gescheitert. Die Vertretungen der englischen und französischen Arbeiterschaft —
abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen — lehnen beharrlich ab, auch nur über
die Förderung des Friedens mit uns zu sprechen, sie fordern vielmehr die Fortsetzung
des Krieges bis zur Niederwerfung Deutschlands.

Vor der harten Wirklichkeit dieser Tatsachen verschließen jene Achtzehn hebräisch ihr Auge. Sie sehen die Dinge nicht, wie sie sind. Sie jagen einem Trugbild nach und zerstören dabei die Einheit unserer Partei.

Zu keiner Zeit bedurfte die deutsche Arbeiterklasse mehr als jetzt der geschlossenen festesten Einigkeit. Wir stehen im Kampf gegen die Lebensmittelsteuerung, gegen die neuen Verbrauchs- und Verkehrsteuern. Wir gehen neuen großen Kämpfen entgegen. Mannigfaltige, für die Arbeiterklasse hochwichtige Aufgaben müssen gelöst werden. Wir wollen den Einfluss der Arbeiterschaft auf den Friedensschluß zur Geltung bringen, damit der Friede ein heilsamer werde für unser Volk und für die Menschheit. Wir bedürfen der voll gesammelten Kraft aller unserer Organisationen, um nach Beendigung des Krieges die Lebensinteressen des Proletariats gegen die Macht des Kapitalismus zu schützen. Einigkeit und Kameradschaftlichkeit tut da mehr denn je not!

Statt dessen werfen einige Verbündete die Fackel der Zwietracht in den Bau des Sozialismus, den Tausende und Abertausende unserer Genossen und Genossinnen in vielläufigerer, opfernoller Arbeit errichtet haben.

Parteigenossen und Genossinnen! Wir rufen Euch nochmals zu: Die Gefahr, die der Partei droht, ist groß! Diejenigen, die die Reichstagsfraktion gespalten haben, werden auch nicht auslöschen können, die Partei zu stützen.

Parteigenossen! Das soll nicht geschehen! Das darf nicht geschehen! Von Euch muß der Widerstand kommen gegen jenes verwerfliche Beginnen. Eure heilige Aufgabe ist es, die Arbeiterbewegung

Schützt die Partei! Schließt die Reihen!

© Martin, Nov. 25, 2004 - 1016

Der Parteivorstand.

Der Vorstand der Reichsstaatsfraktion

Der Parteivorsitz

Der Parteiausschuß gegen die Zersplitterungsbestrebungen.

Zum Parteiausschuß hat am Montag den 27. März 1916 eine Aussprache über die gegenwärtige Situation der Partei stattgefunden. Am Schluß der Sitzung hat der Parteiausschuß mit allen gegen sechs Stimmen dem Aufruf „An die Partei“, der gleichzeitig veröffentlicht wird, zugestimmt.

Ferner hat der Parteiausschuß folgende Anträge angenommen:

In dem von einer Sondergruppe von Fraktionsmitgliedern geheim beschloßnen Vorgehen des Genossen Haase in der letzten Sitzung des Reichstages und in der Gründung einer besonderen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Abgeordneter erwidert der Parteiausschuß eine vorbehaltete Unterstützung unserer gemeinsamen politischen Tätigkeit für die deutsche Arbeiterschaft in schwerer Zeit. Demnächst wird das Vertrauen der Massen in unsere Partei aufs sinnvollste geschützt.

Die Sprengung der Einheit unserer Bewegung ist auch ein schwerer Schlag gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes, dessen Friedenswillen nur durch die folgerichtige Anwendung der bisher von der Partei gewählten Mittel erfüllt werden kann.

Der Parteiausschuß erklärt, daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar ist mit den Grundsätzen des Organisationsstaates, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt. Der Parteiausschuß erachtet es als eine unabwendbare Pflicht des Parteivorstandes, die sich aus dieser Sache ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Gleichzeitig verurteilt der Parteiausschuß, daß einige Genossen zu den inneren Parteidingen in bürgerlichen Blättern Stellung nehmen und bei Erörterung von Zukunftsfragen jetzt Ansichten propagieren, die Bewirrung in die Reihen der Massen bringen.

Der Parteiausschuß empfiehlt, daß der Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung die Geschäfte der Gesamtpartei bis zum nächsten Parteitag weiter führt. (Mit 28 gegen 7 Stimmen angenommen.)

Die Tatsachen, die dem Parteiausschuß bekannt geworden sind, zeigen unzweckmäßig, daß ein Teil der Parteimitglieder in höherer Stellung eigene festgelegte Organisationen geschaffen hat, die eigene Beiträge erheben und eigene Organisationstriebe führen mit dem Ziel, die Gesamtpartei zu bekämpfen.

In Übereinstimmung mit den früher gefassten Beschlüssen erläutert der Parteiausschuß:

In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteidurchsetzung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirkt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamt-Partei. (Mit 30 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Da die Abhaltung eines Parteitages zur Erledigung der schweden Streitfragen während des Krieges unmöglich erschien, erachtet der Parteiausschuß es als eine Aufgabe des Parteivorstandes, gegenüber den Sonderbestrebungen alle geeigneten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um die Geschlossenheit der Organisation zu wahren. (Mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Der Vorstand wird ersucht, eine Darstellung des Sachverhalts und der Entwicklung, die zur Spaltung der Deutschen geführt haben, schleunig herauszugeben, damit die Parteimitglieder im Reich Gelegenheit haben, sich in einwandfreier Weise zu informieren. (Wegen 3 Stimmen angenommen.)

Kriegsfanatismus.

Es gibt bei uns in Deutschland gewisse Leute, denen offenbar der Krieg nicht lange genug dauern kann. Zu diesen gehört vor allem der Auslandskorrespondent der Deutschen Tageszeitung, Graf Reventlow. Wo immer auch eine Spur sich zeigt, die darauf hindeutet, daß eine Verständigung zwischen den Völfern dem Kriege ein Ende bereiten könnte, eilt er entzweit herbei und weitet in einem Leitartikel der Deutschen Tageszeitung gegen alles los, das nicht auf sein Programm, des Krieges bis ans Ende, eingeschworen ist.

Er ist so eine deutsche Ausgabe der Menschenart, die in den gegnerischen Ländern den Kampf bis zur endgültigen Niederwerfung des deutschen Militarismus“ predigt. Jetzt glaubt der Herr Graf, weil irgendwo Berichte über Friedensbestrebungen aufgetaucht sind, zu folgenden Ausführungen Veranlassung zu haben:

Vor einigen Tagen berührten wir die Ausnahme und Erörterung ausländischer Friedensvorstellungen, wie sie in einem Teile der hinterstehenden deutschen Presse zum Ausdruck kamen. Seitdem wird in der englischen und französischen hauptsächlich, ebenfalls auch in der neutralen Presse das Thema eifrig und offenbar ebenso zweckvoll wie eindeutig geleitet, weiterhandelt. Da bekanntlich eine öffentliche Erörterung an dieser Stelle nicht möglich ist, so müssen wir uns auf die Erwähnung beschränken, daß jene Presse von Befürwortungen inoffizieller Verbindlichkeiten des Deutschen Reichs und seiner Gegner spricht, meist ohne Bezeichnung des Ortes, jedenfalls ohne genaue örtliche Bezeichnung. Auch die angeblich von deutscher Seite vorgenommenen Bedingungen werden genannt. Bedingungen, welche nicht fest, sondern als auswechselbare Vorschläge gehabt seien, mit dem praktischen Zweck zunächst überhaupt durch Vorschlag und Gegenvorschlag eine Grundlage für Verhandlungen zu schaffen und die Möglichkeit herzuleiten, daß die, wie gesagt, zunächst inoffiziellen oder halboffiziellen Unterhändler sich zusammen „um einen Tisch setzen könnten“. Die Natur jener von der auswärtigen Presse genannten angeblichen Vorschläge ist derart, daß ihre Verwirklichung in Gestalt von Friedensbedingungen die Zukunft des Deutschen Reiches unheilbar vertrüppeln müßte. Und um so bezeichnender ist, daß die ausländische Presse die Vorschläge für unannehmbar und für eine ungeheure ironische Annahme erklärt. Der erfahrene Handelsmann verhält sich sofort.

Der Artikel sagt dann weiter, daß in militärisch weitergetragenen Gerüchten die Namen der früheren britischen Minister Kitchener und Haldane erschienen, und er bemüht sich, besonders den früheren Kriegsminister Haldane als einen ganz gefährlichen Herrn darzustellen. Die Gerüchte von Friedensverhandlungen verbreiten die Aufmerksamkeit aller Deutschen, die den unausgeschöpften Krieg als die Grundlage eines Friedens für den Rücken des Deutschen Reiches hielten.

Wir wissen nicht, was an den Gerüchten dran ist, die Graf Reventlow in seinem Artikel erwähnt. Unter einem Frieden, der die Zukunft des Deutschen Reiches unfehlbar vertrüppelt, versteht der Herr natürlich einen solchen, bei dem

Deutscher Erfolg bei Malancourt. — Vergeblicher russischer Ansturm südlich des Maroc-See.

(W. L. D.) Amelich. Großes Hauptquartier, den 29. März 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Südlich von St. Eloy wurde den Engländern im Handgranatenkampf ein von ihnen besetzter Sprengtrichter wieder entzogen.

Auf dem linken Maasufer stürmten unsere Truppen mit geringen eigenen Verlusten die französischen, mehrere Linien tiefen Stellungen nördlich von Malancourt in einer Breite von etwa 2000 Meter und gelangten auch in den Nordwestteil des Dorfes ein. Der Feind ließ 12 Offiziere, 486 Mann an unverwundeten Gefangenen, sowie ein Geschütz und vier Maschinengewehre in unserer Hand. Hierdurch wurde mit Sicherheit der Einsatz von zwei weiteren Divisionen in diesem Kampfräume festgestellt.

Die Steuerkommission des Reichstags.

Berlin, 29. März. Die Steuerkommission des Reichstags hielt heute ihre erste Sitzung ab. Zum Vorsitzenden wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Grabauer gewählt. An erster Stelle werden die Verkehrssteuern und vor allem die mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe beraten. Die nächste Sitzung findet am 30. März statt.

Eine griechische Note an den Bierverbund.

Budapest, 29. März. Nach einer Meldung der Altenburger Zeitung steht die griechische Regierung abermals eine Note an den Bierverbund, in der sie die Beendigung des Unternehmens in Saloniki verlangt.

Der Untergang des Greif.

Amsterdam, 29. März. Einem hierigen Blatte zufolge erfahren die Times aus sehr guter Quelle folgende Einzelheiten über den Untergang des Greif: Es war ein großer, hoch aus dem Wasser ragender Dampfer, der die norwegische Flagge führte. Alles mache den Eindruck, daß man es mit einem neutralen Schiffe zu tun habe, wie man es jetzt häufig zwischen den Shetland- und Färöer-Inseln

nicht seine weitgehenden Eroberungswünsche befriedigt werden. Genugt wird der Sache des deutschen Volkes gar nichts damit, wenn schon bei jedem Gerücht, daß Verständigungsversuche angebaut werden, in der Weise losgewettert wird, wie es Herr v. Reventlow tut.

Vom Krieg auf den Meeren.

Verschiedenen Blättern zufolge hat ein in Venedig eingelaufenen Personendampfer mehrere große englische Geschwader gesehen, darunter eins von 15 Schlachtkesseln, die gegen Süden steuerten.

Auf Berliner Volksanzeiger seien in drei Tagen in London Meldungen veröffentlicht über die Vernichtung von 4000 Tonnen Schiffstrau. Der Wert der in der vorigen Woche versunkenen englischen Schiffe wird in englischen Kreidekreisen auf 40 Millionen veranschlagt. Diese Summe schließe nicht den Wert der versunkenen Ladungen in sich.

Ein Amsterdamer Blatt meldet aus London: Nach einem Bericht der Times aus New York gibt man dort allgemein zu, daß, da die Amerikaner an Bord der Sußsee alle mit dem Leben davongekommen seien, jetzt weniger auf einem energischen Vorgehen der Regierung bestanden würde. Der Präsident würde daher, wenn er im Senat auf den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland dringen würde, nicht auf Unterstützung rechnen können.

Herr v. Reventlow beschäftigt sich im Victoire mit dem beunruhigenden Wiederaufleben des deutschen Tauchbootkriegs, indem er aus dem Leserkreis Einfüllungen machen läßt, die bestimmen, daß man bisher noch kein wirklich wirksames Mittel gegen die Macht der Deutschen gefunden habe. Sehr wohl könnte Deutschland mit einer genügenden Anzahl Boote und Mannschaften England blockieren. Daraus müßten die Alliierten unablässig daran arbeiten, den Feind schnell zu vernichten und alle Mannschaften, die verfügbar sind, auszubeben, um Deutschland unter der Flut der U-Boote schnellstens zu ertricken.

Das französische Postministerium veröffentlicht ein Document gegen eine Nachricht, daß sieben transatlantische Kabel zerstört seien und nur noch zwei im Dienste blieben. Die Lage des Kabelnetzes sei normal und der Verkehr gehe regelmäßig auf den 16 und nicht 9 Kabeln vor sich, die die alliierten Länder mit Nordamerika verbinden.

Gesunkene Schiffe.

Hoof van Holland, 28. März. Der aus London kommende Dampfer Hoof van Holland hat auf der See ein Boot mit 28 Mann, darunter den Kapitän, des Dampfers Empress of Nibbles, 2284 Bruttotonnen, der auf eine Mine gesunken ist, aufgenommen.

Rotterdam, 28. März. Wie aus London gemeldet wird, ist der holländische Dampfer Duiveland, dessen Verlust bereits gemeldet wurde, 12 Meilen vor den englischen Küste auf eine Mine gesunken und in 7 Minuten gesunken.

Duras, 28. März. In Strafan ist gestern von Alexandrinen mit 14 aus Neptun ausgewichenen deutschen und österreichischen Frauen an Bord der italienischen Dampfer Porto di Smerne eingetroffen. Der Dampfer hat am 2. März während seiner Fahrt den brasilianischen Hafen eines englischen Handelskampfes aufgesucht, der von einem deutschen Unterboot angegriffen worden war und in einer Entfernung von etwa 60 Seemeilen von dem Porto di Smerne untergegangen ist.

Schwere Verluste der Italiener bei vergeblichen Angriffen.

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht.

Wien. Am 28. März wird verlautbart den 28. März:

Russischer Kriegsschauplatz:

Nördlich von Bosan haben die Russen nach einigen Angriffen an unseren Hindernissen wiederholt verschüttet, in die Siedlung eingedrungen. Alle Angriffe wurden unter erheblichen feindlichen Verlusten abgewiesen. Nordöstlich des Europa-Münzen scheiterte ein nördlicher Vorrückungsversuch russischer Abteilungen schon an der guten Wirkung unserer Minenfelder.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Während die Russen ihre Angriffe in den nördlichen Abschnitten gestern nicht wiederholten, legten sie südlich des Maroc-See Tag und Nacht ihre vergeblichen Anstrengungen fort. Siebenmal schlugen unsere Truppen, teilweise im Handgranatenkampf, den Feind zurück.

Deutsche Flugzeugschwader waren mit gutem Erfolg Bomber auf feindliche Bahnanlagen, besonders auf den Bahnhof Molodezno, ab.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Keine wesentlichen Ereignisse.

Überste Heeresleitung:

trifft. Die Alcantara hieß das Schiff an, fragte nach seinem Bestimmungsort und erhielt die erwartete Antwort. Darauf wurde ein Boot niedergelassen und ein Offizier zur Untersuchung des Dampfers aufgeführt. Während sich das Boot dem Dampfer näherte, öffnete das plötzlich der wütliche Charakter des Kremlings. Die Maschine wurde abgenommen und die Kanonen eröffneten das Feuer. Obwohl die Alcantara auf diese Weise überwundene worden war, bestand sie das Feuer sofort. Nachdem die Deutschen ein Torpedo abfeuert hatten, wurde die Alcantara von einer Granate getroffen und ihres Steuern bedroht. Da tauchten ein anderer Hilfskreuzer und die Andes auf und nahmen dem Greif jede Möglichkeit, zu entkommen. Die Granaten legten aber das Ziel des deutschen Schiffs, so daß die Besatzung die Kanonen im Stück loslassen mußte. Greif feuerte seine Torpedos auf die Andes ab. Als der dritte Hilfskreuzer erschien, war es mit dem deutschen Schiffs bereits zu Ende.

Ein Taubstummer als Mörder.

Leipzig, 29. März. Der Mörder der Freiheit Bruno Seidler wurde in der Region des taubstummen Eisenbahners Bruno Seidler, geboren in Reichenbach i. V., 21 Jahre alt, festgestellt. Nach allen Ermittlungen Deutschlands sind Gedächtnislosen.

An der hebräischen Front und bei Oulta feuerte die feindliche Artillerie lebhaft.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Die Kämpfe am Görzer Brückenkopf dauern fort. Auch im Abschnitt der Hochfläche von Dobrova beginnt ein lebhaftes Feuer der beiden Artilerien. Von italienischer Seite erfolgten Angriffsversuche am Nordhang des Monte San Michele und des San Martino, die leicht abgewiesen wurden. Gestrichen ist das Geschütz noch in Gang.

Auch im Plöden-Abschnitt schließen alle feindlichen Angriffe. Vor der Kampfroute des brauen Kavallerie-Bataillons Nr. 8 liegen über 500 tote Italiener.

An der Isonzo-Front waren die Geschützkämpfe nur in Indifferenz lebhaft als gewöhnlich.

Da in Venetien ein erhöhter Eisenbahnbau gegen die Isonzo-Front festgestellt wurde, belagerten unsere Flieger einige Objekte der dortigen Bahnen mit Bomben.

Süddötscher Kriegsschauplatz:

Keine Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstab:

v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Kein Zucker im zuckerreichsten Lande.

Riemand hätte sich im August 1914 träumen lassen, daß in Deutschland der Zucker knapp würde. In Deutschland, das ein Drittel seiner Produktion von Verbrauchsprodukten, 12 Millionen Zentner, ausführt und dessen Zuckerindustriellen einen starken Preisdruck auf die zu Kriegsbeginn überreichlich vorhandenen Bestände durch Verhindern der Ausfuhr ausüben. Zum Glück hat damals das Reichsamt des Innern die schon erzielte Bewilligung zur Zuckerausfuhr auf den Einfluß der sozialdemokratischen Partei und mit den Verhältnissen vertrauter Gelehrter zurückgezogen. So konnten große Rüderungen als Erfolg für die fehlenden Süßmittel verwendet werden. Der Konsum für diese Zwecke stieg noch, als durch den Waffenverbrauch der Militärverwaltung in Hafer die Werte auf kleine und kleinste Sättigung gezeigt und mit Zucker durchgehalten werden mußten. Nach amtlichen Angaben wurden 91,5 Millionen Zentner Zucker im vergangenen Betriebsjahr 1914–15 zu Viehfutter verwendet. Aus 1,7 Millionen Zentner wurde Preßfutter für die Bäder und Spiritus gewonnen, weil die bisherigen Rohstoffe, Getreide und Kartoffeln, in erster Linie der menschlichen Ernährung vorbehalten bleiben sollten. Die Ausfuhr von Zucker in freunde und neutrale Staaten hörte nicht völlig auf. Deutschland brauchte Zucker als Tauschmittel für Einführungswaren, deren es dringend bedurfte.

Da seit dem Eintreten der Fettnot, also seit April 1915, auch der Zuckerverbrauch für die menschliche Ernährung schnell gestiegen war, so traten wir in das laufende Zuckererntejahr (Oktober 1915 bis September 1916) mit nur geringen Verständen ein. Die Ernte war sehr mäßig ausgefallen. Durch die hohen Vieh- und Fleischpreise wurden auch die Futtermittel teurer, die eine nie geahnt vertretbare Verwendbarkeit fanden. Ihr Anbau wurde lohnender als die Nutzart der Zuckerernte, die außerdem viel Ölgerste und eine intensive Bewirtschaftung durch tiefe Pflügen und sorgfältige Feldbestellung sowie fortgesetzte Bearbeitung verlangt. So ist die Anbausfläche um 31,6 Proz. zurückgegangen und der Getreitertrag um ungefähr 20 Proz. gesunken.

Angesichts der erweiterten Verweichung von Zucker für menschliche und tierische Ernährung konnten die zu Beginn des laufenden Betriebsjahrs vorhandenen Bestände nicht als übermäßig groß angesehen werden. Die Regierung hat daher die Verwendung von Verbrauchsprodukten verboten. Die Knappheit an Futtermitteln ist so groß gewesen, daß der für die menschliche Ernährung bestimmte Zucker um so eifriger versüßt wurde, als er im Verhältnis zu anderen Futtermitteln billig war. Auch wurde den Brennereien unterlaufen, der Most und Verbrauchsprodukten zugutezu. Die Verwendung von Verbrauchsprodukten zu technischen Zwecken ist an die Zustimmung des Reichsfinanzministers gebunden. Zur gleichzeitigen Erziehung von Zucker, Fett, Milch und Eiern ist die gewöhnliche Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade auf die Hälfte des Verbrauchs in

der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis zum 30. September 1915 beschränkt und eine Zuckerverteilungskasse für das deutsche Süßigkeitenwesen in Würzburg geschaffen worden.

Die Regierung muss über die Vorräte genau unterrichtet sein. Am 1. Januar, 1. Februar und 1. März 1916 sind Bestandsaufnahmen des Verbrauchs zu erwarten. Daburch muss sich aus den Schwankungen des Konsums feststellen lassen, ob Zucker in großem Umfang eingehäuftet worden ist. Am 1. Februar 1916 wurden auch die im Reichsgebiete noch vorhandenen Bestände am Rohzucker statistisch aufgenommen. Das Ergebnis wurde leider niemals veröffentlicht. Leider! Denn die Gewissheit, dass genug Zucker vorhanden ist, würde jede spekulativen Kurzschaltung und Preisstreberei unterbinden oder ein gewichtiges Argument für die Sozialdemokratie werden, die die öffentliche Bewirtschaftung des Zustands immer verlangt hat. Der Statistiker F. O. Lüdt hat den gesamten Zuckerwart Deutschland am 1. Februar 1916 auf 24 gegen 17 Millionen Rentner zur gleichen Zeit des Vorjahrs geschätzt. Da bis zu der Zeit, in der neuer Zucker erhältlich wird, acht Monate vergehen, kommen höchstens drei Millionen Rentner auf den Monat, aber einschließlich der Produkte, die auch anderen Zwecken als der menschlichen Ernährung dienen müssen. Zur Gewinnung eines richtigen Maßstabes für diese Zahlen sei bemerkt, dass der durchschnittliche Monatsverbrauch Deutschlands vom März bis September etwa 2,4 Millionen Meterzentner in Friedenszeiten beträgt.

Wir haben knapp Zucker für die menschliche Ernährung und die Verwendung von Verbrauchsprodukten zur Verfüllung oder zur Herstellung von Spiritus muss so strafbar werden wie die Verwendung von Getreide für diese Zwecke. Aber es darf auch heute. In knapp sechs Monaten nach Beginn des laufenden Betriebsjahrs, eine tatsächliche Zuckernot unwahrscheinlich genannt werden. Verhängte Beleidige Preisstreberei mahnen zum Argwohn. Dann aber müssen die Mängel schwanden, die mit der Zuckerverförderung verknüpft sind. Die berufstätige Arbeiterschaft verliert durch den Einkauf von Lebensmitteln schon heute viel kostbare Zeit. Was das Reich tun kann, um diese Verzögerungen zu mildern, muss geschehen. Dazu gehört die öffentliche Bewirtschaftung und Verteilung des Zuckers, die jeden Missbrauch ausschließt, jede Einhamsterung verhindert, die Sicherheit der Versorgung des notwendigen Bedarfs gibt und für den großen Zuckerbedarf in den Monaten vorliegen kann, da Obst eingefroren wird.

Schon längst wird der Zucker nicht mehr als bloßes Genußmittel gewertet. Er erfüllt heute das seltene und teure Zeit. Dazu spielt er eine gewichtige Rolle als Konservierer. Zucker und Salz sind auch für den Weber im Erzgebirge unentbehrlich, der in der Weißseidenzeit, um nicht zu sagen im Hunger, ein vollendetes Meister ist.

Deutschland darf nicht einmal den Erfüllungsdruck beanspruchen, wenn der Zucker beschlagnahmt und durch Karton auf den Kopf der Bevölkerung verteilt wird. Österreich-Ungarn ist vorangegangen. In einzelnen Teilen des Deutschen Reichs wurden Zuckerkarten eingeführt. Das genügt aber nicht. In diesen Städten verhält die Zuckerkarte, ähnlich der Butterkarte nur das Brot zu sachmäßigen Ausführungen über die technische Seite des U-Bootkrieges. Seine Darlegungen machen, wie wir erfahren, auf die Abgeordneten einen unverkennbaren Eindruck.

Deutsches Reich.

Der U-Bootkrieg vor dem Haupthausschuh des Reichstags.

Im Haupthausschuh des Reichstags erging, so lesen wir im Berliner Volksanzeiger, im weiteren Verlaufe der Verhandlungen vom Dienstag nach dem Reichstagssitz der neue Staatssekretär des Kriegsministeriums v. Capelle das Wort zu sachmäßigen Ausführungen über die technische Seite des U-Bootkrieges. Seine Darlegungen machten, wie wir erfahren, auf die Abgeordneten einen unverkennbaren Eindruck.

Das Zentrum hat gestern nach der Germania seinen U-Bootkantag aus dem Plenum im gleichen Wortlaut als Resolution im Ausschuss eingeführt.

Auch die Konservativen und die Nationalliberalen haben ihre im Reichstag eingeführten U-Bootkantage als Resolutionen vorgelegt.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat darauf im Ausschuss folgende Resolution eingeführt:

Die Kommission wolle beschließen: Der Reichstag wolle beschließen: Das Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übernehmen: Der Reichstag hat angehört, der bewundernswerten Leistungen unseres von Erfolg zu Erfolg schreitenden Heeres und unserer Flotte sowie ihrer Führung die jetzt Übersee und das Territorium, das sie bisher so auch fernherhin alles tun und nichts unterlassen werden, um den baldigen endgültigen Sieg der deutschen Waffen zu Wasser und zu Lande zu erringen und sicherzustellen. Er geht in diesem Sinne über die Anträge der Nationalliberalen, der Konservativen und der Sozialdemokraten zur Tagesordnung über.

Weiter beantragt die Fortschritter im Ausschuss:

Die Kommission wolle beschließen: Der Reichstag wolle beschließen: Für den Fall der Annahme des Antrags Dr. Spahn und dessen Schlussabsatz (dass bei den Verhandlungen mit den auswärtigen Staaten die Freiheit im Gebrauch dieser Waffe gewahrt wird) zu fassen wie folgt: dass bei den gegenwärtigen und künftigen Verhandlungen die Freiheit im Gebrauch dieser Waffe gegen unsere Feinde gewahrt wird.

Nach der gestrigen Haupthaussitzung fanden sich einige parteiliche Vertreter auf Veranlassung des nationalliberalen Abg. Bässermann zu einer neuzeitlichen vertraulichen Besprechung zusammen. Man nimmt an, dass es sich dabei um die Erwähnung von Möglichkeiten handelt, die ein einheitliches Vorgehen der Nationalliberalen und Konservativen in dieser Frage und, wenn angebracht, eine Annäherung an das Vorgehen des Zentrums anbahnen könnten.

Das Interesse an den Verhandlungen des Haupthausschusses hatte bis zum Schluß der gestrigen Sitzung nicht nachgelassen, außerordentlich viele Mitglieder des Reichstags und des Bundesrats folgten den Nachmittagsverhandlungen mit gespannter Aufmerksamkeit. Wie bei dem ersten Teil der Verhandlungen, waren auch am Nachmittag die Zugänge zum Verhandlungszimmer schon auf weite Entfernung abgesperrt; der Inspektor des Reichstagsgebäudes ließ und überwachte die Absperrungen persönlich, so dass kein Unbefreiter sich dem Verhandlungsort nähern konnte.

Das Berliner Tageblatt teilt mit: In Abgeordnetenkreisen meint man, es werde für besonders vertrauliche Mitteilungen, insbesondere militärische Fragen, vermutlich ein Untersuchungsausschuss gebildet werden. Der Bericht über die Ausschusshandlungen wird amtlich aufzugeben werden.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

42. Sitzung. Mittwoch, 29. März, vor 10 Uhr.

Zur Verhandlung kommen die Kapitel 20 und 21 des ordentlichen Gesetz.

Direkte Steuern und indirekte Abgaben.

Die Finanzdeputation A beantragt für den Fall der Geschäftigung von Kap. 20 (direkte Steuern) a) den Steuerzuschlag erst mit der 11. Steuerklasse beginnen zu lassen; b) von der 60. Steuerklasse an den Zuschlag von 20 auf 30 Prozent zu erhöhen; c) die Steuerzölle mit einem Einkommen von nicht mehr als 5800 M. bei drei oder mehr nicht besonders zur Einkommensteuer veranlagten Kindern zu verschaffen. Weiter wird beantragt, Kap. 20 die Einnahmen mit 30.271.900 M. und die Ausgaben mit 5.188.938 M. zu genehmigen. Endlich liegen folgende Deputationsanträge vor:

1. Den Antrag Costan und Gen. (Sos.) sowie er die Kriegsgewinnersteuer betrifft, durch die Verhandlungen im Bundesrat für erledigt zu erklären, im übrigen - Abschaffung der indirekten Steuern und Ausgestaltung der direkten Steuern - aber abzulehnen.

2. Den Antrag Costan und Gen. (Sos.) auf Freilassung der untersten vier Stufen der Einkommensteuer, Erhöhung der Ergänzungsteuer und Grundsteuer, Aufhebung der indirekten Abgaben Fleisch- und Schlachtsteuer, Stempelsteuer usw. abzulehnen.

3. Den Antrag Rangler und Gen. (kor.) auf Einführung einer Kriegsgewinnersteuer für erledigt zu erklären.

4. Die Staatsregierung zu ersuchen, dass sie einen Gesetzentwurf einbringe, in dem die Wirkung der Güter trennung von Gegenwart auf die Veranlagung zu den direkten Steuern aufgehoben werde.

Eine Deputationsminbeitheit, bestehend aus Sozialdemokraten und Fortschritten, empfiehlt die Annahme der beiden Anträge Costan.

Zu Kap. 21. Indirekte Abgaben. beantragt die Deputation, die Einnahmen mit 16.079.500 M. und die Ausgaben mit 7.846.710 M. zu genehmigen.

Endlich liegt noch eine Petition des Landesverbands des evangelisch-nationalen Arbeitervereins um Förderung des Gesetzes für Abgaben auf eingeschlossenes Fleisch und eingeführtes Fleischwaren vor. Sie soll nach dem Antrage der Deputationsminbeitheit bei der Staatsregierung zur Erwagung für die nächste Neuregelung des sächsischen Staatsweises überwiesen werden.

All diese Punkte werden in gemeinsame Beratung genommen. Abg. Döhler (nac.) erstattet Bericht über Kapitel 20. Nach der Regierungsvorlage würden auf Grund der Einkommensteuerstatistik auf das Jahr 1914 bei Freilassung des Einkommens bis 1400 M. vom Zuschlag von insgesamt 2.132.884 einkommensteuerpflichtiger Personen 639.634 Personen (29,8 Prozent) zuschlagsfrei sein.

Abg. Dr. Roth (Fortschr. Volksgr.) berichtet über die Petition, die die Befreiung der Fleisch- und Schlachtsteuer erfordert. Die Regierung habe sich in der Deputation ablehnend verhalten, indem sie behauptet, dass diese Steuer weniger die minderherrschenden Kreise betreffe. Die Deputationsminbeitheit sei aber der Meinung, dass es aus sozialen Gründen nicht angängig sei, die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu erschweren.

Präsident Dr. Vogel meint darauf aufzumachen, dass man vor der eigenartigen Tatsache steht, dass während die Finanzdeputation A sich für Beibehaltung der Schlacht- und Fleischsteuer ausspreche, die Beschwerde- und Petitionsdeputation ihre Abschaffung empfehle. Es hätte sich im Interesse einer Einheitlichkeit und Vereinfachung der Erledigung empfohlen, die Petition, die mit dem Statut in unmittelbarem Zusammenhang steht, der Finanzdeputation A zu überweisen.

Abg. Dr. Roth (Fortschr. Vol.) betont demgegenüber, dass es sich um eine fünfjährige Neuregelung des sächsischen Steuerwesens handele. Der Präsident habe die Petition selbst der Beschwerde- und Petitionsdeputation zur Vorberatung überwiesen.

Präsident Dr. Vogel stellt fest, dass die Petitionen den einzelnen Deputationen direkt zugehen, also nicht von ihm überwiesen werden.

Nach weiterer Gesetzesordnungsbeteiligung erhält das Wort

Finanzminister v. Sodenius: Es besteht begründete Aussicht, dass die Steuergeschläge nunmehr vom Hause angenommen werden. Die Allgemeinheit der Steuerzahler werde deren Notwendigkeit auch einsehen. Die Aufschläge hielten sich in erträglichen Grenzen. Die höheren Einnahmen bis 2200 M. sollen gänzlich zuschlagsfrei bleiben. Allerdings hätte es die Regierung lieber gegeben, wenn diese beibehalten, dass diese Steuer weniger die minderherrschenden Kreise betreffe. Die Deputationsminbeitheit sei aber der Meinung, dass es aus sozialen Gründen nicht angängig sei, die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu erschweren.

Präsident Dr. Vogel meint darauf aufzumachen, dass man vor der eigenartigen Tatsache steht, dass während die Finanzdeputation A sich für Beibehaltung der Schlacht- und Fleischsteuer ausspreche, die Beschwerde- und Petitionsdeputation ihre Abschaffung empfehle. Es hätte sich im Interesse einer Einheitlichkeit und Vereinfachung der Erledigung empfohlen, die Petition, die mit dem Statut in unmittelbarem Zusammenhang steht, der Finanzdeputation A zu überweisen.

Abg. Dr. Roth (Fortschr. Vol.) betont demgegenüber, dass es sich um eine fünfjährige Neuregelung des sächsischen Steuerwesens handele. Der Präsident habe die Petition selbst der Beschwerde- und Petitionsdeputation zur Vorberatung überwiesen.

Präsident Dr. Vogel stellt fest, dass die Petitionen den einzelnen Deputationen direkt zugehen, also nicht von ihm überwiesen werden.

Nach weiterer Gesetzesordnungsbeteiligung erhält das Wort

Finanzminister v. Sodenius: Es besteht begründete Aussicht, dass die Steuergeschläge nunmehr vom Hause angenommen werden. Die Allgemeinheit der Steuerzahler werde deren Notwendigkeit auch einsehen. Die Aufschläge hielten sich in erträglichen Grenzen. Die höheren Einnahmen bis 2200 M. sollen gänzlich zuschlagsfrei bleiben. Allerdings hätte es die Regierung lieber gegeben, wenn diese beibehalten, dass diese Steuer weniger die minderherrschenden Kreise betreffe. Die Deputationsminbeitheit sei aber der Meinung, dass es aus sozialen Gründen nicht angängig sei, die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu erschweren.

Präsident Dr. Vogel meint darauf aufzumachen, dass man vor der eigenartigen Tatsache steht, dass während die Finanzdeputation A sich für Beibehaltung der Schlacht- und Fleischsteuer ausspreche, die Beschwerde- und Petitionsdeputation ihre Abschaffung empfehle. Es hätte sich im Interesse einer Einheitlichkeit und Vereinfachung der Erledigung empfohlen, die Petition, die mit dem Statut in unmittelbarem Zusammenhang steht, der Finanzdeputation A zu überweisen.

Abg. Dr. Roth (Fortschr. Vol.) betont demgegenüber, dass es sich um eine fünfjährige Neuregelung des sächsischen Steuerwesens handele. Der Präsident habe die Petition selbst der Beschwerde- und Petitionsdeputation zur Vorberatung überwiesen.

Präsident Dr. Vogel stellt fest, dass die Petitionen den einzelnen Deputationen direkt zugehen, also nicht von ihm überwiesen werden.

Nach weiterer Gesetzesordnungsbeteiligung erhält das Wort

Finanzminister v. Sodenius: Es besteht begründete Aussicht, dass die Steuergeschläge nunmehr vom Hause angenommen werden. Die Allgemeinheit der Steuerzahler werde deren Notwendigkeit auch einsehen. Die Aufschläge hielten sich in erträglichen Grenzen. Die höheren Einnahmen bis 2200 M. sollen gänzlich zuschlagsfrei bleiben. Allerdings hätte es die Regierung lieber gegeben, wenn diese beibehalten, dass diese Steuer weniger die minderherrschenden Kreise betreffe. Die Deputationsminbeitheit sei aber der Meinung, dass es aus sozialen Gründen nicht angängig sei, die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu erschweren.

Präsident Dr. Vogel meint darauf aufzumachen, dass man vor der eigenartigen Tatsache steht, dass während die Finanzdeputation A sich für Beibehaltung der Schlacht- und Fleischsteuer ausspreche, die Beschwerde- und Petitionsdeputation ihre Abschaffung empfehle. Es hätte sich im Interesse einer Einheitlichkeit und Vereinfachung der Erledigung empfohlen, die Petition, die mit dem Statut in unmittelbarem Zusammenhang steht, der Finanzdeputation A zu überweisen.

Abg. Dr. Roth (Fortschr. Vol.) betont demgegenüber, dass es sich um eine fünfjährige Neuregelung des sächsischen Steuerwesens handele. Der Präsident habe die Petition selbst der Beschwerde- und Petitionsdeputation zur Vorberatung überwiesen.

Präsident Dr. Vogel stellt fest, dass die Petitionen den einzelnen Deputationen direkt zugehen, also nicht von ihm überwiesen werden.

Nach weiterer Gesetzesordnungsbeteiligung erhält das Wort

Finanzminister v. Sodenius: Es besteht begründete Aussicht, dass die Steuergeschläge nunmehr vom Hause angenommen werden. Die Allgemeinheit der Steuerzahler werde deren Notwendigkeit auch einsehen. Die Aufschläge hielten sich in erträglichen Grenzen. Die höheren Einnahmen bis 2200 M. sollen gänzlich zuschlagsfrei bleiben. Allerdings hätte es die Regierung lieber gegeben, wenn diese beibehalten, dass diese Steuer weniger die minderherrschenden Kreise betreffe. Die Deputationsminbeitheit sei aber der Meinung, dass es aus sozialen Gründen nicht angängig sei, die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu erschweren.

Präsident Dr. Vogel meint darauf aufzumachen, dass man vor der eigenartigen Tatsache steht, dass während die Finanzdeputation A sich für Beibehaltung der Schlacht- und Fleischsteuer ausspreche, die Beschwerde- und Petitionsdeputation ihre Abschaffung empfehle. Es hätte sich im Interesse einer Einheitlichkeit und Vereinfachung der Erledigung empfohlen, die Petition, die mit dem Statut in unmittelbarem Zusammenhang steht, der Finanzdeputation A zu überweisen.

Abg. Dr. Roth (Fortschr. Vol.) betont demgegenüber, dass es sich um eine fünfjährige Neuregelung des sächsischen Steuerwesens handele. Der Präsident habe die Petition selbst der Beschwerde- und Petitionsdeputation zur Vorberatung überwiesen.

Präsident Dr. Vogel stellt fest, dass die Petitionen den einzelnen Deputationen direkt zugehen, also nicht von ihm überwiesen werden.

Nach weiterer Gesetzesordnungsbeteiligung erhält das Wort

Finanzminister v. Sodenius: Es besteht begründete Aussicht, dass die Steuergeschläge nunmehr vom Hause angenommen werden. Die Allgemeinheit der Steuerzahler werde deren Notwendigkeit auch einsehen. Die Aufschläge hielten sich in erträglichen Grenzen. Die höheren Einnahmen bis 2200 M. sollen gänzlich zuschlagsfrei bleiben. Allerdings hätte es die Regierung lieber gegeben, wenn diese beibehalten, dass diese Steuer weniger die minderherrschenden Kreise betreffe. Die Deputationsminbeitheit sei aber der Meinung, dass es aus sozialen Gründen nicht angängig sei, die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu erschweren.

Präsident Dr. Vogel meint darauf aufzumachen, dass man vor der eigenartigen Tatsache steht, dass während die Finanzdeputation A sich für Beibehaltung der Schlacht- und Fleischsteuer ausspreche, die Beschwerde- und Petitionsdeputation ihre Abschaffung empfehle. Es hätte sich im Interesse einer Einheitlichkeit und Vereinfachung der Erledigung empfohlen, die Petition, die mit dem Statut in unmittelbarem Zusammenhang steht, der Finanzdeputation A zu überweisen.

Abg. Dr. Roth (Fortschr. Vol.) betont demgegenüber, dass es sich um eine fünfjährige Neuregelung des sächsischen Steuerwesens handele. Der Präsident habe die Petition selbst der Beschwerde- und Petitionsdeputation zur Vorberatung überwiesen.

Präsident Dr. Vogel stellt fest, dass die Petitionen den einzelnen Deputationen direkt zugehen, also nicht von ihm überwiesen werden.

Nach weiterer Gesetzesordnungsbeteiligung erhält das Wort

Finanzminister v. Sodenius: Es besteht begründete Aussicht, dass die Steuergeschläge nunmehr vom Hause angenommen werden. Die Allgemeinheit der Steuerzahler werde deren Notwendigkeit auch einsehen. Die Aufschläge hielten sich in erträglichen Grenzen. Die höheren Einnahmen bis 2200 M. sollen gänzlich zuschlagsfrei bleiben. Allerdings hätte es die Regierung lieber gegeben, wenn diese beibehalten, dass diese Steuer weniger die minderherrschenden Kreise betreffe. Die Deputationsminbeitheit sei aber der Meinung, dass es aus sozialen Gründen nicht angängig sei, die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln zu erschweren.

Präsident Dr. Vogel meint darauf aufzumachen, dass man vor der eigenartigen Tatsache steht, dass während die Finanzdeputation A sich für Beibehaltung der Schlacht- und Fleischsteuer ausspreche, die Beschwerde- und Petitionsdeputation ihre Abschaffung empfehle. Es hätte sich im Interesse einer Einheitlichkeit und Vereinfachung der Erledigung empfohlen, die Petition, die mit dem Statut in unmittelbarem Zusammenhang steht, der Finanzdeputation A zu überweisen.

Abg. Dr. Roth (Fortschr. Vol.) betont demgegenüber, dass es sich um eine fünfjährige Neuregelung des sächsischen Steuerw

Seifen und Bedarfsartikel

| | | |
|----------------------|---------------------------------------|---------------|
| Deutsche Benzinseife | put. Jahr. | 8 Stile 95,- |
| Toilette seife, | verschiedene Gerüche zum Aussuchen | 8 Stile 95,- |
| Feuerio, | garantiert rein. Doppel-Seife | 8 Stile 100,- |
| Salmiafwaschmehl, | rote Farbung | 6 Pfund 95,- |
| Bohnerwachs, | gelb und weiß | 1 Pfund 10,- |

Ia Sparfernseife
ca. 70% Fettgehalt, ergiebige Qualität, größere Stücke
Mengenabgabe vorbehalten zum Aussuchen 8 Stück
95,-

| | |
|---|---------------------|
| Schuh-Creme | 7 Dosen 95,- |
| 4 St. Salmiaf-Waschmehl, 6 St. Fein-Soda | zusammen 95,- |
| 4 St. Sellerhäuser Glühenglanz, 4 St. Blitg-Blank | zusammen 95,- |
| 1 Dose Messerpräzipulver | zusammen 95,- |
| Ia Kompositionss-Kerzen . . . 1 Pfund | 175,- |
| 200 St. Butterbrotbeutel, halb-festlich . . . | 95,- |
| Klosett-papier | 6 große Rollen 95,- |

Messow & Waldschmidt

Kotsverkauf in den städtischen Gaswerken betr.

Die Preise betragen vom 1. April dieses Jahres an bis auf weiteres
für groben und gebrochenen Steinkohlenkots
ab Gaswerk in Dresden-Neustadt, Dresden-Löbtau, Dresden-Trachau und Niedersedlitz 125 Pf.
ab Gaswerk in Dresden-Meissnitz 120 Pf.

Sollte eine Steine auf Heizmaterial eingeschürt werden, so ist diese vom Käufer auch dann zu tragen, wenn sie dem Verkäufer auferlegt wird.

Auf Wunsch wird unmittelbar Abnehmer, soweit es die Verhältnisse gestatten, der Kots von 20 hl am zugefahren, auch werden Träger gestellt.

Die Fuhrlöhne betragen bis auf weiteres für 1 hl:

| | bei Mengen von 20-30 hl | über 30 hl |
|--|----------------------------|------------------|
| Bei Abfuhr aus dem Neustädter Gaswerk | | |
| nach den Vorstädten Gruna, Seidnitz, Reudnitz, Tolkewitz, Strehlen und Striesen | 25 Pf. | 20 Pf. |
| nach den übrigen Stadtteilen und Vorstädten | 28 Pf. | 20 Pf. |
| bei Abfuhr aus dem Niederer Gaswerk | | |
| nach den Vorstädten Pieschen, Trachau, Trachenberge, Räcknitz, Leubnitz und Kaditz | 30 Pf. | 25 Pf. |
| nach den übrigen Stadtteilen und Vorstädten | 28 Pf. | 25 Pf. |
| bei Abfuhr aus dem Löbtauer Gaswerk | | |
| nach den Vorstädten Löbtau, Blasewitz, Naundorf, Wölfnitz, Cotta, Räcknitz, Hohenschönhausen und nach Dresden-Meissnitz | 28 Pf. | 20 Pf. |
| bei Abfuhr aus dem Trachauer Gaswerk | | |
| nach den Vorstädten Pieschen, Trachau, Trachenberge, Räcknitz, einschließlich Gründgeld | 28 Pf. | 20 Pf. |
| ab Gaswerk Niedersedlitz | | |
| nach Niedersedlitz, Großzschocher, Leuben und Loschwitz | für 1 hl 10 Pf. | für 1 Str. 9 Pf. |
| nach Kleinzschocher und Laubegast | 12 Pf. | 11 Pf. |
| Die Trägerlöhne betragen, wenn der Kots aus den Gaswerken Dresden-Neustadt, Trachau, Löbtau und -Meissnitz bezogen wird, bis auf weiteres: | | |
| beim Tragen in die Räume des Kellers, des Erd- und 1. Ober- von 20-30 hl über 30 hl | bei Mengen | |
| geschosses | 10 Pf. | 8 Pf. |
| beim Tragen in jedes weitere Geschoss | 4 Pf. | 4 Pf. mehr |
| gleichzeitig für 1 hl | | |

Das Einweisen in die Lagerräume des Kellers, Erd- und 1. Obergeschosses wird dem Abtragen gleichgerechnet.

Für das Gabberiorungsgebiet des Niedersedlitzer Gaswerks sind keine Trägerlöhne festgesetzt. Gestellungen werden außer in unserer Manufaktur, am See 2 II., Zimmer 29, und in den Gaswerken auch bei nachstehend unter ② genannten Stellen angenommen.

Abschlüsse können für das laufende Abschlußjahr nicht mehr eingegangen werden.

Braunkohlenkots wird bis auf weiteres zum Preise von 60 Pf. für 1 hl abgegeben; eine Zufuhr findet nicht statt.

Dresden, am 25. März 1916.

Der Rat zu Dresden, Betriebsamt der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

Wehner, Otto, Kaufmann, Weißgerstraße 12, Ecke Friedrichstraße
Schuster, Johannes, Drogist, Agl. Hoflieferant, Ostra-Allee 4
Rendel, Gustav, Buchholzer, Kaufmann, Maternistraße 6, Ecke Rosenstraße
Hermann, Robert, Zigarrenhandlung, Prager Straße 20, und Wildstrutter Straße 2,
Eingang Schloßstraße
Gebrüder Oberstein, Hoflieferanten, Altmarkt 7
Lange, F. Bernhard, Kaufmann, Amalienstraße 11/18
Sommer & Seupke, Inh. Herd. F. Florian Elsner, Hauptstraße 6
Wariner, Robert, Nach. Paul O. Lubewitz, Baugasse 28
Hofstädter, E., Kaufmann, Baugasse 77 und Forststraße 8
Knäbchen, Max, Klempnermeister, Königstraße 64
Weißauer, Karl, Altenberger Straße 10.

[A 204]

Für Herren mit höherer Schulbildung

Beginnt am 8. April in Radow's Handels- und Sprachschule ein dreimonatiger Kursus, der bei täglich 8 Stunden die Grundzüge der Handelswissenschaft bietet. Honorar einschließlich der Beibrüder 100 M. Offizieren sowie Mannschaften mit der wissenschaftlichen Vorbildung zum Einjährig-Freimilitärischen Dienst sei dieser kauftägliche Kursus angelehnzt empfohlen. — Wie schon über bekanntgegeben, ist für Kriegsteilnehmer (bis ein Jahr nach Friedensschluß) jeder Unterricht der Schule kostenlos, auch die Lehrbücher werden unentgeltlich geliefert.

4. Wahlkreis, Bezirke 1-6 Dresden-II.

Freitag den 31. März

Wichtige Sitzung

in den bekannten Lokalen.

[V 6]

Der Werkbank.

Frauen-Artikel
Spitzenware Leibbinden

+ Frauen-Tee +

Frau Freisleben
Postplatz u. Wallstraße 4

Wann auf die Firma!

Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter!

Kollegen, Kameraden!

Um 31. März läuft der Tarifvertrag im Baugewerbe ab. Eine Erneuerung oder Verlängerung desselben ist an den ungenügenden Zugeständnissen der Arbeitgeber gescheitert. Wir befinden uns daher ab 1. April in einer tariflosen Zeit. Die Unternehmer werden nun laut Beschuß ihrer Generalversammlung eine neue Arbeitsordnung herausgeben und wahrscheinlich den Arbeitnehmern im Baubereich zur Unterschrift unterbreiten. Falls ein solches Verlangen an unsere Mitglieder gestellt wird, empfehlen wir denselben, jede diesbezügliche Unterschrift unter Hinweis darauf, daß wir nach wie vor an den bisherigen Arbeitsbedingungen festhalten, abzulehnen, insbesondere ist jede Verlängerung der Arbeitszeit zurückzuweisen.

Sollten die Arbeitgeber trotzdem auf der Unterschrift bestehen, so erachten wir es für angezeigt, daß die Arbeitsordnung den unterzeichneten Vorständen entweder im Original oder in Abschrift zur Einsicht einmal vorgelegt wird. Alle etwa sonstigen Maßnahmen der Arbeitgeber sind ebenfalls unverzüglich im Verbandsbureau zu melden.

Die Zahlstellen-Vorstände

für den Deutschen Bauarbeiter-Verband

Franz Barth.

für den Zentral-Verband der Zimmerer

Hermann Dehmichen.

[V 65]

Rost Kiemannsegg
Tharandter Straße 84
Inh. G. Grüngel — hält
seine Zulassungen, Vereins- für
wie Altbauarbeiter, bestens emp-
fohlen. — Berndorfer 20145.

Alte Gebisse, 1,50 M.

Göld, Ehl., Gladbach, gut [A 100]

J. Hans. Weberstraße 23, I.

Eiderweg, Klappung, Beizkeiten
bill. g. v. L. Leibhold, Friedhofstr. 19.

Gebraucht-Waren kaufe ob. Janische.

Für sofort gefüllt in dauernde Stellung bei gutem Ver-
dienst auf Bezeichnungen

[K 350]

gelernte Schlosser, Dreher, Fräser

möglichst militärfrei (auch Kriegsbeschädigte), Sächsische Strich-
maschinen-Fabrik Meteor, Löbtau, Tharandter Straße 87.

Berantwortlich für den reaktionellen Zell:
Hermann Blechner, Friednitz,

Berantwortlich für den Sozialen Zell:
Reinhards Eichler,

Dresden-Meissnitz.

Denkt und Denkt vom Fabrik & Gewerbe, Dresden.

* So

mit Untergeber zwei! —

oder einer

Die drückten ja
zitternd:

Haare fah

Bild interessant nicht

Wit Untergeber

Untergeber zwei!

oder einer

An d macht ha

weiltesten, ja

festschaft ha

bermannell runden Ti

und Audio

Fraulein

* So

Zur Fraktionspaltung.

Genosse G. Lebedour schreibt:

Gegenüber der vielfach irreführenden Erklärung des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion des Deutschen Reichstages zu den Vorgängen am 24. März sind folgende Richtigstellungen geboten:

Die Entschließung der Minderheit und damit deren tatsächlicher Austritt aus der Fraktion wird begründet mit dem selbständigen Vorgehen der Minderheit bei der Veratung des Etatnotgesetzes. Als besonders erfreulich wird angeführt, daß die Minderheit von ihrer Absicht, den Genossen Haase als Redner zur Begründung der Abstimmung vorgesehen zu haben, in der Fraktionsitzung keine Mitteilung gemacht habe. Das wird als „Treubruch“ ausgelegt.

Unser Verhalten war aber nur eine Abwehrmaßregel gegen die seit gewössner Zeit betriebenen Entziehungsbestrebungen der Mehrheit. Sollten wir nicht so gehandelt, so wäre es und wahrscheinlich unmöglich geworden, die auf grundsätzliche Erwägungen beruhende Ablehnung des Etatnotgesetzes in öffentlicher Reichstagsitzung zu begründen. Es war ferner eine logische Folgerung unserer Verhaltens am 21. Dezember 1915, als wir die angeforderten Kriegsreden ablehnten und diese Ablehnung im Reichstag mit einer Erklärung begründeten.

Früher war es in unserer Reichstagsfraktion üblich, bei Meinungsverschiedenheiten auch der Minderheit die Vertretung ihrer Ansichten im Plenum zu ermöglichen. Seit Kriegsbeginn hat die gegenwärtige Mehrheit der Minderheit dieses Recht wiederholt brutal verweigert. Ein solcher allgemeiner Verweigerungsbeschluß wurde ausdrücklich vor dem 21. Dezember 1915 gefasst. Wir gaben damals sofort in der Fraktion die Erklärung ab, daß dieser Beschluß für uns nicht bindend sei. Das war eine Rechtmäßigung ein für allemal. Wir haben das Recht, unsere Ansicht jederzeit nach unseren eignen freien Ermessungen im Reichstag auszusprechen, dann sofort auszugeben am 21. Dezember. Ein dementsprechendes und ausreichendes Recht bei jeder neuen Gelegenheit ebenfalls ausdrücklich zu fordern, aber auch nur dessen bevorstehende Ausübung anzufordern, dafür lag für uns keinerlei Anlaß vor. Kein Mitglied der Mehrheit könnte darüber im Zweifel sein, doch wir gegebenenfalls wieder ebenso handeln würden wie am 21. Dezember.

Als nun gar bei Beginn dieser Sitzungssitzung unser Antrag abgelehnt wurde, für die Debatte mit dem Reichsangler den Genossen Haase gleichfalls als Redner vorzusehen, war es einfach selbstverständlich für uns, daß wir nun erst recht Haase bei bestehender Gelegenheit als Redner vorzuhalten, ohne erst eine völlig überflüssige Debatte über dieses unser guter Recht in der Fraktionsitzung herbeizuführen.

Unrichtig ist auch, wenn behauptet wird, wir hätten zugesagt, daß vor der Reichstagsrede überhaupt keine politischen Erörterungen im Reichstag hätten stattfinden dürfen. Als so etwas in der Fraktionsitzung vom 21. März nach den Ständelsitzungen im Reichstag von dem Vorsitzenden vorgebracht wurde, habe ich dem sofort durch einen Zwischenruf widergesprochen. Wenn ich nicht zur Befreiung ausdrücklich das Wort ergreifen habe, so geschah es, weil meine Freunde und ich nach den Erfahrungen in den voraufgegangenen Plenarsitzungen diejenigen hatten, mit den Mehrheitsvertretern überhaupt nicht mehr zu debattieren. Es hat dann auch in dieser Sitzung von unserer Seite nur Genosse Stolle die gemeinsame Erklärung verlesen, und Genosse Haase hat in einer Gesellschaftsordnungserklärung eine gegen ihn in Umlauf gesetzte Verleumdung zurückgewiesen.

Völlig unrichtig ist auch die Behauptung, daß beschlossen sei, der Verabsiedlung des Etatnotgesetzes „keine Hindernisse“ zu bereiten. Es handelt sich dabei nur um den Beschluss, der Vornahme der zweiten und dritten Lesung eventuell nicht zu widersetzen. Ich selbst mache dabei den Vorbehalt: „Wenn sich nichts Besonderes ereignet.“ Wir hatten dabei gerade die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß man versuchen würde, unserem Redner das Wort abzunehmen. Dann hätten wir unsern Widerspruch geltend gemacht gegen die Vornahme der dritten Lesung am nächsten Tage, um auf die Weise uns die Gelegenheit zu einer Rede zu erweitern. Es ist übrigens eine merkwürdige Auffassung für einen Parlamentarier, wenn er eine Rede zu einem Gegebe als eine hindernisberechtigung ansiegt. Ein solches „Hindernis“ hat dann auch der Staatssekretär Helfferich dem Etatnotgesetz bereitet, durch eine wenn auch kurze, doch wohl politische Rede. Auch eine sozialdemokratische Rede bei dieser Gelegenheit zu halten, war weder ein „Hindernis“, noch ein „Treubruch“, sondern eine durch die Umstände gebotene Pflicht.

Herrn erhalten wir folgende Zuschrift: des Genossen Georg Horn:

,Eine Unehrlichkeit bleibt eine Unehrlichkeit!“

So hat nach dem senographischen Bericht der Reichstagsitzung vom 24. März d. J. der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kell dem Genossen Haase zugewiesen, als dieser „ohne unsere Zustimmung“, d. h. ohne Zustimmung der Fraktionsmehrheit, das Wort genommen hatte, um seine und seiner engeren Parteifreunde Gegnerhaft zum sogenannten „Notat“ zu begründen.

Eine Unehrlichkeit, eine Unwahrhaftigkeit oder ganz gelinde gesagt: eine unwichtige absichtliche Verschleierung des Tatsandes ist es aber auch, wenn es sich in einem in der Dresdner Volkszeitung erschienenen und mit „Ein unehrhafter Tag“ überschriebenen Artikel geschieht, der Vorgang in der Reichstagsitzung und das, was hinterher in und nach der Fraktionsitzung sich vollzog, so darzustellen wie, als sei dies alles von der Minderheit vorher schon vorbereitet, also so gewollt worden!

Danach hätten jene Mitglieder der Fraktion, die schon am 21. Dezember 1915 die Fraktionsbeschlüsse mißachteten und auf eigene Faust eine Sonderpolitik einführten, ihr verberliches Werk der Vollendung gedacht und unter „Bruch von Treu und Glauben im Reichstag unerhörte Zumutungen entfesselt“, und seien schließlich in Verfolg der Erörterungen in der Fraktion aus der Fraktion ausgetreten. Alle Mahnungen, Warnungen und Hinweise auf die verderblichen Wirkungen ihres Tunns hätten nichts genutzt, sie hätten „mit bewußter Absicht den Bruch der Freiheit geführt“!

In die übrigen phantastischen Regionen des Zeitorientiers — man könnte auch sagen: Zeitabtellers — vom 25. März will ich mich mit ihm nicht begeben. Wie kennen das Klagebuch und auch seinen Zug schon von früher her und auch seinen Inhalt. Aber da ich „ja fällig“ auch zu Ihnen gehören, die in Ihrer schlimmen Verbündung sich auf äußerst schwere an Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes und im besonderen an unserer Partei, an der deutschen Arbeitersbewegung verschuldet“ und weiter: da „ja fällig“ der Wahlkreis, der mich zum Abgeordneten für den Reichstag gewählt hat, im Verbreitungsgebiet der Dresdner Volkszeitung liegt, so wird es mir vielleicht verboten sein, meinen Wähler und Parteigenossen etwas deutlicher zu sagen, wie die neuen Vorgänge entstanden sind.

Wie früher schon bei wichtigen Anlässen, so hat man von jener Seite auch jetzt wieder, und zwar betreffs der Stellungnahme zum neuen Etat der Minderheit seinen Redner zugestanden. Wohlgemert: Nicht bloß der Minderheit „um Haase“, sondern der gesamten Minderheit! Es war von dieser Minderheit der Genoss Haase vorgeschlagen. Er fiel durch. Mit solchen Kleinigkeiten befreit sich eine „starke Majorität“ nicht. Diese Brüderung der Minderheit — wenn man sie nicht eine „vergängliche“ nennen will — mußte das Gefühl erwecken, daß die „Linke“ der „Rechten“ nur noch als „Parteigenossen zweiter Klasse“ gelten solle. Aber als Statisten einer „Mehrheit“ sich herzugeben, wird kein vernünftiger Mensch vor der Minderheit verlangen wollen. Nunmal in Fragen grundsätzlicher Natur, wie es der neue Etat für 1916/17 ist, der mit einer Reihe drückender indirekter Steuern belastet ist! Man spricht von einem „Notat“, der bewilligt werden müsse, weil der ordentliche Etat bis zum 1. April nicht fertig werden könne. Ja, warum hat man denn die Sache bis auf die letzten Tage des März verschoben? Aber man hätte wohl dem „Notat“ zustimmen können, wenn er eben nicht indirekte und schwer belastende Verhältnisse und andere Steuern, die das weniger hemmte und ganz unhemmte Volk beluden würden, enthielte. Aus diesen Gründen kann ein Sozialdemokrat auch einem solchen „Notat“ nicht zustimmen und es wäre im Jahre 1916 das erste mal, daß Sozialdemokraten indirekte Steuern bewilligten. Wer aber einem solchen „Notat“ von vorherein zustimmt, dem wird es verfehlt schwer werden, Stein! zu sagen, wenn der sogenannte „orthodoxe“ Etat mit denselben Steuerforderungen zur Verabsiedlung gelangen soll.

Nun hätten ja Haase und Genossen den „Notat“ „willkürlich“ ablehnen können, also ohne Begründung. Aber da Scheidermann für die Bewilligung eine Erklärung namens der Fraktion abzugeben hatte, so war es für diejenigen, die einen ablenkenden Standpunkt einnahmen, selbstverständlich, ihre Gründe dafür auszutüftzen. Das ist durchaus geschehen in einer Form, die nicht den geringsten Anlaß bot zum Widerspruch für einen — Sozialdemokraten! Würden Scheidermann und all die Heißspornen um ihn den Genossen Haase ruhig ausreden lassen, so tief zu bestiegene Szene der Selbstzerstörung nicht entstanden? Wo also der Inhalt der Rede für Sozialdemokraten keinen An-

loß zur Entrüstung, so bleibt für die Ausübung der Rechtsfreiheit im Parlament kaum ein begründeter Vorwurf übrig. Den Standal haben die Kell, David und andere ihrer Umgebung einfach nicht die Minderheit!

So stehen die Dinge! Wenn jetzt die Herren Kollegen beruflich machen, die Entstehung des Standals den 18 Genossen zuschreiben, so ist das nichts anderes als ein irreführendes Manöver, zu dem Brode, sich als das unschuldige Kindlein erscheinen zu lassen, denen ein böserliches Kindlein das Häppchen geträumt hat.

Eine weitere Unwahrhaftigkeit besteht auch darin, wenn es heißt, daß die 18 in Verfolg der Erörterungen in der Fraktion aus dieser Art getreten seien. Diese Unwahrhaftigkeit wird übrigens schon festgestellt durch den Wortlaut der Erklärung des Fraktionsvorstandes und die darauf erfolgte Zustimmung über den Ausschluß Haase und Genossen aus der Fraktion. Ist es schon bedeutsam, daß der Fraktionsvorstand selbst einen solchen Antrag zu stellen vermugt, so wie die Intoleranz der Mitglieder der Fraktion, die den Ausschluß der eigenen Kollegen zum Beschluß erhoben, noch drastischer. Und noch ein weiteres Beispiel von Intoleranz und Gehässigkeit. Genosse Zabel lämpfte in wortlosem Empfinden die Beschuldigung des Genossen Haase des Treubruchs. Zabel beantragte, dieses harte Wort zu streichen. Der erhob sich Dr. Gladauer und trat entschlossen für die Beibehaltung des Wortes, also auch der Beschuldigung ein! Und die Mehrheit entschied demgemäß!

Das weitere besagt die Erklärung der aus der Fraktion ausgeworfenen. Sie werden gemäß den von ihnen stets hochgehaltenen Prinzipien des Parteidoktrins im Interesse der Partei wie der Arbeiterschaft wirken, noch wie vor. Sie werden zeigen, daß sie wirklich sind, als Arbeitersvertreter zu gelten, und daß sie nichts einblinden werden an ihrer Parteileute, trotz der Beschimpfungen und Verunglimpfungen durch ihre politischen Gegner in- und außerhalb der Partei.

Mögeln es die Heine und Genossen als ein „Sklav“ als eine bestreitbare Tat“ halten, sich die „Parteidoktrin“ vom Halse geschafft zu haben; die Zeit wird es lehren, von welcher Seite der Arbeiterschaft die Arbeitersache am besten gewahrt und gefordert wird! Georg Horn, R. d. R.

Es ist nicht nötig, die Darlegungen des Genossen Lebedour ausführlicher zurückzuweisen, da der heutige Aufruhr „An die Partei“ den Tatbestand gegen alle Verirrungsversuche vollkommen klarstellt. Einige Bemerkungen zu dem Artikel des Genossen Horn sind nicht zu vermeiden.

Genosse Horn sagt, es sei der Minderheit kein Redner gewährt worden, er nennt es eine Brüderung der Minderheit, eine Vergewaltigung usw. Bald darauf spricht er aber mit Recht von dem „sich selbst gegebenen Recht“ der Minderheit. So ist es: Die Achtzehn haben sich selbst in einem Recht gegeben, das bisher noch niemals in unserer Partei bestanden hat oder auch nur denkbare gewesen ist, nämlich das „Recht“, das Vorrecht, gegen die Brüderlichkeit einer Parteidoktrin auf eigene Faust Politik zu machen. Jederzeit sind von der Fraktion Redner der verschiedenen Ausschüsse gewählt worden, aber das wäre vollster Unsinn, wenn die Fraktion einen Beschluß fahrt und dann einen Redner bestellt, der für diesen Beschluß und einen zweiten, der gegen diesen Beschluß spricht. Wenn Genosse Horn ein solches „Recht“ beansprucht, dann beweist er nur, daß er die Grundsätze der Demokratie vollständig vergessen hat.

Weiterhin behauptet Genosse Horn, es sei eine Unwahrhaftigkeit zu sagen, die Achtzehn seien aus der Fraktion „ausgetreten“, es sei ein Ausschluß gewesen. Die Unwahrhaftigkeit ist durchaus auf Seiten Horns. Die Fraktion hat die Achtzehn ebenso wenig ausgeschlossen wie früher Liebknecht und Rühle. Sie hat vielmehr den geradezu selbstverständlichen Grundfaß aufgestellt: Wer nicht die Pflichten des Fraktionsmitglieds erkennt, kann auch nicht die Rechte eines solchen in Anspruch nehmen. Die Achtzehn hätten nur zu sagen brauchen, daß sie sich den Beschlüssen der Fraktion unterordnen wollen, wie es jedes andere Fraktionsmitglied auch tut und tun muß, dann hätte alles wieder gut werden können. Statt dessen haben sie aber den längst geplanten Bruch vollzogen, sind aus der Fraktion ausgetreten.

Genosse Horn sucht sein Verhalten damit zu entkräften.

allerliebst Dinge, wie diesen kleinen, schwarzen Strohhut, diese schwedischen Handschuhe und diesen Sonnenschirm aus ungebleichter Seide, meine Friedrich in seinem ganzen Leben nicht gesehen zu haben.

„So hatte ich mir meine Josephine vorgestellt!“ dachte er. Ludwig dachte: „Mit der kann sich nicht einmal meine Anna vergleichen,“ und beide dachten: „Kein Traum kann schöner sein!“ Aber sie hat vor diesem voraus, daß sie nicht zerstört beim Erwachen, daß man sie auch mit offenen Augen sehen, ja sogar mit ihr sprechen kann.“

Als die Eggzellen ihr die Freiherren nannte und dann zu diesen sagte: „Meine Nichte Siebert“, betrachtete sie sich lächelnd und verscherte auf das Liebenwurststück, daß sie sehr erfreut sei.

Sie setzte sich zu ihrer Tante auf das Kanapee, in die linke Ecke, neben der Friedrichs Armstuhl stand.

Der ältere Freiherr begann sofort mit dem kleinen Gäste des Schlosses ein lebhaftes Gespräch, während der jüngere tieflippig schwieg und die Dame mit ausblindernder Bewunderung betrachtete.

Der Einbrud, den die Erscheinung dieses entzückenden Wesens auf ihn machte, war um so übermächtiger, als er ihm in einem Augenblide innerer Wehmutter empfing; in einem Augenblide der Wehmutter, der Niede — der Schwäche mit einem Wort!

Es gibt aber auch Zufälligkeiten im Leben, derart wunderlich, daß man sie für Winde des Schicksals halten muß, und wäre man weise wie Kant und aufgeschlägt wie Voltaire. Ich möchte den sehen, der in der Stunde, in welcher er den Verlust einer guten Gelegenheit betrübt, eine bessere fände und nicht austrieße:

„Katum! Kum!“

Was Ludwig betrifft, er meinte die Stimme zu hören, die ihm zurrief: Da hast du's richtig, was kann — Das kann gewiß kein Gewissensein! Und die kann gewiß kein Gewissen! In Verktorwitz — es ist die Niede — der Schwäche mit einem Wort!

Er beneidete keinen Bruder nicht soviel, wie die Wehmutter, die er entzückte. Gestalt und Erscheinung waren um vor einem so wundervollen Bruder und so wundervollen Zeuge auszutauschen. Es gefiel ihm nicht, daß er ausdrückte,

„Katum! Kum!“

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160329/5
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft

Die Freiherren von Gemperlein.

Roman von Marie von Ebner-Eschenbach.

In den Augen Frau von Sieberts, die sich gewöhnt hatte, auch in wirtschaftlichen Fragen als das Draffel der Gegend zu gelten, waren die „jungen Gemperlein“ talentvolle Ölstanten. Sie lachte über die Schwärmerei der Freiherren für ihr Blaftowitsch, was aber im Grunde den „selbstlichen Brüdern“ sehr gewogen. Es ereignete sich nicht selten, daß Friedrich und Ludwig heftig miteinander streitend in Perktowitz erschienen, der Egzellenz die Hand klitten, Fräulein Ruthenstrauß, die Gesellschaftsrätin, und Herrn Scheber, den Schreiber, grüßten, eine Stunde lang weiter stritten, wütend aussprangen, sich empfahlen und streitend abfuhr.

Die Egzellenz, die während der ganzen Zeit Oel ins Feuer gegossen hatte, indem sie jetzt Friedrich und jetzt Ludwig zurief: „Da haben Sie recht!“ — „Da haben wieder Sie recht!“ hielt sich die Seiten vor Lachen.

Herr Scheber wütete die Daumen, rüttete die Perlkäse, die immer schief auf seinem guckenförmigen Kopf sah, in der Absicht, sie gerade zu richten, noch schieber, schwiele fehrt, nahm eine Prise Tabak und seufzte: „Das ist aber doch!“

Die wässerklauen Augen Fräulein Ruthenstrauß brüdteten hässlichen Unwillen aus, ihre bleichen Lippen sprachen zitternd: „Ich dachte schon, Sie würdet einander in die Haare fahren; ich habe alle Farben gespielt...“

„Gilden Sie sich nichts ein!“ rief die Egzellenz. „Die interessante Blöße Ihrer Wangen hat die ganze Zeit über nicht die geringste Veränderung erlitten.“

Mit innigem Ergozzen an den verstorbenen Mienen ihrer Untergebenen führt sie fort: „Was habt ihr für Kerben, ihr zwei! — Mir hat der Vater wohlgetan. Man hört doch wieder einmal wieder, was die menschliche Stimme vermag. Solch ein Gespräch reinigt die Luft, ich fühle mich erquikt wie nach einem Gewitter!“

Auf dem Tage, an dem die Brüder die Entbedienung gemacht hatten, daß sie bereits seit zehn Jahren in Blaftowitsch weilten, stellten sie der Egzellenz einen Besuch ab. Die Gesellschaft hatte sich, wie gewöhnlich, in der Salle à terrain veranstaltet. In der rechten Ecke des Kanapees, das vor dem runden Tische stand, saß die Herrin von Perktowitz: Friedrich und Ludwig hatten auf zwei Arztkühnen Platz genommen. Fräulein Ruthenstrauß wirkte in der Fenstervertiefung

* Saal zu ebener Erde.

Seide ab, Sekretär Scheber hatte sich auf den Rand eines dünnbeinigen Sessels niedergelassen, in respektabler Entfernung von den hochgeboarten Herrschaften und in einer Pose, die die Mitte hielt zwischen Schweden und Sizien. Er blieb die Freiherren von Zeit zu Zeit verstohlen an und dachte: „Was wird es heute geben?“

Aber es gab nichts. Die Brüder waren in weicher, melancholischer Stimmung. Die Betrachtung über die rasche Flucht der Zeit, die Friedrich fürztig angestellt, hatte einen starken Einbrud in seinem und in Ludwigs Gemüth hinterlassen.

Beide waren sich der entzündeten Jugend, des verlömmten Glückes plötzlich bewußt geworden und fühlten sich eigentlich bewegt.

Die alte Eggzellenz schwang vergebens ihre kleine Cris-fodell; die Jungen, die sonst wie in ein Bulverbath gefallen wären, fielen jetzt wie in nasses Gros.

„Wissen Eure Eggzellenz,“ sagte Friedrich, „wie lange wir nun schon in Blaftowitsch leben? — Zehn Jahre sind's! Ja, seit zehn Jahren genießen wir die Ehre, Ihre Nachbarn zu sein!“

„Erst seit zehn Jahren?“ entwiderte sie. „Ich hätte ge-

glaubt, unser Krieg war schon ein dreißigjähriger.“

„So! — Friedrich ging mit sich zu Rate, ob dies eine Schmeichelei oder das Gegenteil sei. „Sehen Eure Eggzellenz! ... und ich mache erst kürzlich meinem Bruder die Bemerkung, daß die Zeit doch eigentlich sehr schnell ... daß ich fände, daß eigentlich — die Zeit — ach, die Zeit ...“

Er wußte nicht mehr, was er sagte, sagte es auch nur noch mechanisch hin und verlummte ganz, bevor er ein Ende seines Satzes gefunden hatte.

Aber wenn die Stimme ihm ausblieb, so führten seine Augen eine um so bedrücktere Sprache. In Worte überzeugt wurde sie gefaßt: „O, wie schön ... O, du gründlicher Himmel, wie teuflsmäßig schön! ... Etwas Schönes kann man sich nicht denken und gibt's nicht!“

Die Augen aller Anwesenden folgten der Richtung seines verzückten Bildes. In der Tür, die zu den Salzräumen führte, stand eine hohe, weibliche Gestalt. Nicht mehr in der ersten, aber so wohlt einem das Herz aufging bei ihrem Anblide, in der schönsten Weise. Sie tr

dass im Notelot die neuen indirekten Steuern festgelegt seien. Er zeigt mit dieser Behauptung, dass er den Notelot überhaupt nicht angesehen hat. Die neuen indirekten Steuern können im Notelot nicht enthalten sein, weil ihre Durchberatung überhaupt erst begonnen hat. Es ist noch gänzlich ungewis, ob und in welcher Gestalt diese Steuern schließlich im ordentlichen Etat erscheinen werden. Wenn die von unsrer Partei gestellten Anträge durchdringen, dann werden die neuen indirekten Steuern gar nicht im Etat erscheinen.

Böllständig unrichtig ist, was Genosse Horn über Grädnauer sagt, der für die Beibehaltung des Wortes „Trennung“ gegenüber Haas in der Fraktion gesprochen haben soll. Horn sieht sich nicht, die Worte zu schreiben: „ein weiteres Beispiel von Intoleranz und Schäfigkeit“. In Wahrheit hat Grädnauer, wie wir hiermit feststellen, nicht ein einziges Wort über diese Angelegenheit gebracht. Genosse Horn muss ein sehr schlechtes Gedächtnis für die Vorgänge haben, das er solche Behauptungen aufstellt.

Am Schluss sagt Genosse Horn, Heine und Genossen mögen die Gründung der neuen Fraktion als ein „Güld und als kostbare Taf“ betrachten. Wir unsrerseits haben nicht von einem Güld, sondern von einem „unheilvollen Tag“ für die deutsche Arbeiterbewegung gesprochen. Es ist überaus traurig, dass ein Parteiveteran wie Genosse Horn mit dabei beteiligt ist, dieses Unheil über unsre Partei herauszuschwören.

Die Verlustliste

der sächsischen Armee Nr. 208 ist heute abend zur Ausgabe gelangt und liegt in unserer Redaktion, Bettinerplatz 10 aus.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Auch der Kriegslandtag ist in den Tagen vor seinem Ende zu überstehender Arbeit genötigt. Die Deputationen arbeiten jetzt mit Hochdruck; um ihnen Zeit zu lassen, werden die Plenariertagungen vielfach erst für den späten Nachmittag anberauft und dauern dann bis in den späten Abend hinein. Das war auch gestern so, wo mehrere Staatskapitel zur Beratung standen. Die Mehrzahl wurde allerdings ohne erhebliche Debatte erledigt, nur das Landesgesundheitsamt und die Gewerbeimpfung riefen eine Ausbrache hervor. Bei ersterem Kapitel brachte zunächst der Nationalliberalen Wiener eine längere Rede über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten an, die während und nach dem Kriege doppelt groß seien. Es war viel Beherrschenswertes in seinen Ausführungen, er schwächte sie aber dadurch stark ab, dass er sich auch ausführlich über die Heilmethoden kritisch äußerte, worüber er als Zeile ein ausreichendes Urteil gar nicht haben kann. Besonders gross waren seine Vorurteile gegen die Behandlung mit Salvarsan. So umstritten diese Art Behandlung noch ist, so kann sie doch durch solche Einseitigkeit, mit der sie Bleher gestern behandelte, nicht ein Jota der Rührung wiedergebracht werden. Solche Angelegenheiten muss man der Wissenschaft überlassen, für eine parlamentarische Erörterung sind sie noch nicht reif. Das betonte auch Genosse Frähdorf, der die Gefahren der Geschlechtskrankheiten ebenfalls nicht verkannte, dem Abg. Bleher aber auch zu Gemüte führte, dass er die Frage der ärztlichen Behandlung ohne die erforderliche Objektivität behandelt habe. Im übrigen begrüßte der sozialdemokratische Redner noch die Einrichtung eines Lehrstuhls für Naturheilkunde an der Universität Leipzig.

Beim Kapitel Gewerbeinspektion entbrannte ein kleiner Streit um das von sozialdemokratischer Seite seit längerer Zeit und von der Deputation geforderte Landesgewerbeamt, das eine Zentralstelle für die Gewerbeaufsicht sein soll. Mit viel Eifer und Stimmenaufwand wandte sich der Abg. Dr. Löbner, der als Direktor der Textilberufsgenossenschaft die Sache vom Industriellenstandpunkt aus etwas einseitig ansah, gegen den geforderten Ausbau der Gewerbeinspektion, den man wenigstens bis zur Beendigung des Kriegs vertragen sollte. Dagegen wandte sich in eindrücklicher Weise der Genosse Heldt, der eingehend und überzeugend darlegte, von welch großer Bedeutung ein Ausbau der Fabrikinspektion für die Gesundheit der Arbeiter und Arbeitnehmer und für die weitere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt sei, und noch besonders hervor hob, dass die Umwälzungen, die der Krieg in der Industrie verursacht habe, eine besondere Aufsicht nötig machen. Es sei auch erforderlich, diese Verhältnisse statistisch zu erfassen und zu behandeln. Deshalb bedauerte er das Ausbleiben der Jahresberichte der Gewerbeaufsicht im letzten Jahre.

Das Landesgewerbeamt war leider vorher auch bereits vom Minister des Innern abgelehnt worden. Aus keinen Ausführungen ging hervor, dass die Regierung den seitlerigen Ausbau der Gewerbeaufsicht für ausreichend hält und ein Landesgewerbeamt daher zur Zeit nicht für erforderlich erachtet. Dennoch fand des Deputationsantrags, der die Einführung einer solchen Gewerbeaufsichtscentralstelle fordert, eine Mehrheit in dem allerdings nur schwach besetzten Hause. Leider muss aber befürchtet werden, dass auf diesen Anlauf der geforderte Ausbau der Gewerbeaufsicht noch nicht erreicht wird. Es wird wohl noch weiterer Vorläufe in kommenden Landtagen bedürfen, ehe Sachsen sowohl den Landesgewerbeamt wie die Zentralstelle für die Gewerbeaufsicht erhält und damit diese auf eine Höhe bringt, die man in Bayern längst erreicht hat.

Anstellung von Kriegsteilnehmern.

Dem Landtage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den die Anstellung von Kriegsteilnehmern erleichtert und gefördert werden soll. Die hauptsächlichsten Bestimmungen lauten:

§ 1. Die Kreishauptmannschaft Dresden als Generalkommission für Ablösungen und Gemeintheitsleistungen hat die Anstellung von hierfür geeigneten Teilnehmern an dem gegenwärtigen Kriege, insbesondere von Kriegsbeschädigten, zu vermitteln. Zu diesem Zwecke wird ihr ein beratender Ausschuss zur Seite gestellt, dessen Mitglieder von dem Ministerium des Innern nach Gehör des Landeskulturrates und des Landeskonservator der Stiftung Heimatkundskundung berufen werden. — § 2. Die Bezirksoberhäupter haben bei der Ansiedlung von Kriegsteilnehmern mitzuwirken und hierbei den Aufträgen der Generalkommission Folge zu leisten. Insbesondere werden sie ermächtigt, zu diesem Zwecke geeignete Lande zu erwerben und an die Ansiedler zu verkaufen oder Erbbaurechte daran zu bestimmen, die Ansiedlungsstellen zu beleihen oder für die Kauf- und Baugeldberhypotheken gemeinschaftlich mit der Gemeinde das Ansiedlungsgebiet Bürgschaft zu über-

nehmen. Im weiteren sollen Verfügungen des Ministeriums des Innern noch eine eingehendere Regelung treffen.

Aus der Begründung des Gesetzentwurfs, auf die wir noch zurückkommen, geht hervor, dass bei der Ansiedlung auch eine Mitwirkung der Gemeinden ins Auge gefasst werden soll.

Ein Kriegschonzeitgesetz

war schon durch den letzten außerordentlichen Landtag eingeführt worden, doch nur für ein Jahr. Durch eine neuen Landtag abgegangene neue Gesetzesvorlage soll es bis zum 31. Dezember des Jahres, in dem der Friedensschluss erfolgt, verlängert und gleichzeitig auch etwas abgeändert werden. Nach dem Gesetzentwurf wird der Abschluss auch von weitem in Hochwasser vom 1. August an zugelassen; hinsichtlich der Kanäle wird der Grundbesitzer gestattet, die auf ihren Grundstücken auftretenden Tiere selbst zu erlegen oder zulässige Personen damit zu beauftragen. Doch sollen Fisch und Schildkröten ausgeschlossen bleiben und Schleppgewehre nur mit Zustimmung des Jagdberechtigten angewendet werden, denen auch das Verfügungsberecht über die erlegten Kaninchen verbleibt. Die im Landtage geforderte Verlängerung der Höchstzeit für Fasane, die in manchen Gegenden viel Schaden an Säcken und Kartoffelfeldern anrichten, hat die Regierung dagegen nicht für erforderlich gehalten. Die im letzten Kriegschonzeitgesetz verlängerte Höchstzeit für Rehböcke soll bestehen bleiben.

Pflichtung der Verkäufer zur Wareneabgabe.

In den Bekanntmachungen des Rats der Stadt Leipzig über die Lebensmittelverteilung heißt es, dass die Verkäufer nicht verpflichtet seien, gegen Vorlegung von Bezugsscheinen Butter bzw. Kartoffeln abzugeben. Ein habsüchtiger Staatsanwalt erklärt in einer Zeitschrift an die Leipziger Neuesten Nachrichten, dass diese Bestimmungen seines Erachtens unwirksam seien, da sie mit den von höheren Behörden als dem Stadtrat zu Leipzig erlassenen Verordnungen in Widerpruch ständen. Er weiß dann eingehend nach, dass trotz der Bestimmungen in den Stadtratsbekanntmachungen die Verweigerung der Abgabe von Butter und Kartoffeln strafbar ist.

Die Versorgung der Truppen mit Fleisch.

Der Vorstand des Bürosvereins der Deutschen Buchhändler in Leipzig veröffentlicht einen Bericht über die Arbeit des Bürosvereins zur Versorgung der Truppen im Felde und in den Lazaretten mit Fleisch. Danach sind auf einem der Mitglieder gerichteten Auftrag zur Bereitstellung geeigneter Fleischsorten hin von etwa 800 Firmen Überlagerungen im ungeübten Ladenpreise von 500 000 M. eingegangen. Außerdem stellen Behörden und Schriftenvertriebsvereine noch Bücher in großer Anzahl zur Verfügung. Die Verteilung erfolgte ab direkt an die Lazarette, und zwar gingen diesen 56 422 Bündle zu; b) an die Provinzialverbretungen, und andere Centralstellen; diese erhielten insgesamt 509 782 Bündle; c) direkt an die Front. Dorthin gingen 515 000 Bündle. Die Buchhändlerische Sammelstelle bot 10 80 205 Bündle im Werte von etwa 580 000 M. gesammelt und verband in 903 Sendungen im Gewicht von 164 000 Kilo.

Lodenliste.

In Leipzig ist Genosse Karl Leich, den das Vertrauen der Arbeiter sowohl in Partei und Gewerkschaft als auch in der Genossenschaft an hervorragende Position gehabt hatte, am Sonnabend abend noch längerer Krankheit im 45. Lebensjahr gestorben. Leich war im Jahre 1911 noch Leipzig über. Schon vorher war er in Dresden in der Partei und als Vertrauensmann der Zimmerer tätig. In Leipzig zeigte er seine Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung mit verklärtem Eifer fort. Er war Vorstandsmitglied im Hauptvorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den 18. Reichstagswahlkreis und Vorsteher des Leipziger Arbeiterkastells des Zimmererverbands. Die Leipziger Arbeiterstadt wird den wackeren Streiter in guter Erinnerung behalten.

Bon einem Grenzposten erschossen.

In der Nähe der Königlich-Sächsische bei Schönau ist am Sonnabend ein Radfahrer von einem Grenzposten erschossen worden. Behördiglich ist jetzt festgestellt worden, dass der Genossen der Eisenbahn Gustav Wagner aus Schmölln bei Dittersbach ist; er war unverheiratet und stand zuletzt in Riedereimischa in Arbeit. Wagner hatte zu wiederholten Malen auf Reisen wegen des Grenzposten zwischen Königlich-Sächsische-Hinterbärnsdorf-Nord überföhrt oder durchquert. Als ihn am Sonnabend gegen Abend der Grenzposten beider Königlich-Sächsische aufforderte, sich zu legitimieren, bedrohte er den Posten mit dem Revolver, und als ihn der Posten aufforderte, mit zum Grenzpostenkommando zu gehen, verlor er zu entkommen und zu schießen. Es blieb jedoch beim Versuch, weil seine Waffe nicht entzündet war.

Kleine Nachrichten aus dem Lande.

Auf dem Markt in Leipzig-Lindenau wurde am Dienstag vormittag ein dreijähriges Mädchen von einem Straßenbahnenwagen überfahren und getötet. Der Wagen fuhr mit Winden gebremst werden, um den losen Körper des ungünstigen Kindes vorzubringen. Die Kleine war ihrer Großmutter während des Spazierlaufs davongelaufen. — Der am 29. März an dem Straßenbahn-Rabenfeld in 3½ Jahren angetötete Mann ist jetzt aufgefunden worden. Wahrscheinlich der damals wegen seiner angeblich schweren Rauchsucht worden ist, ist von der Kriminalpolizei, die von vornherein seine Angaben bestreitet hat, überführt worden, dass er den Anfall nur erwidert hat. Das angeblich getötete Geld von annähernd 1000 M. ist in seiner Wohnung gefunden worden.

Stadt-Chronik.

Bessere Überwachung der Nahrungsmittelversorgung.

Das unverständige, von krasser Profitsucht dictierte Verhalten gewisser Kreise wird treffend beleuchtet durch einen Artikel der Röhrischen Zeitung, der sich mit der Überwachung der Nahrungsmittelversorgung beschäftigt und dabei folgende Ausführungen macht:

Wie auf dem Buttermarkt eine sorgfältige Überwachung notwendig ist, so zeigen auch die Vorgänge auf anderen wichtigen Lebensmittelmarkten, dass man ohne Aufsicht nicht zu einer wirtschaftlich gerechten Verteilung und Versorgung kommen kann. Die Zeitungen sind ganz mit Recht mit Klagen angefüllt über hartnäckige Umgehungen des Höchstpreises durch tatsächlichen oder vorgebäuschten Ertrag inländischer, durch Höchstpreise gebundener Lebensmittel durch ausländische. Als im Herbst vorigen Jahres die Gemüsehochpreise eingeführt wurden, verschwand plötzlich alles Gemüse von dem Markt, um erst nach Wochen, nach Erhöhung des Höchstpreises, wieder aufzutreten. Von dem Augenblick, da wir Höchstpreise für das Wild bestimmen, hören auf den Berliner und anderen ausländischen Märkten sämtliche Zuschriften unfehlbar auf;

der Großhandel hatte sich offenbar weil ihm der Gewinn zu sehr beschnitten war, aber weil er sich eine Einmischung in seine Preise überhaupt nicht gefallen lassen wollte, von selbst ausgeschaltet. Dafür bekamen die Bauern z. B. in der Parzeggen, in den Provinzen Sachsen und Hannover, aber sicher auch in anderen Teilen des Reiches mit einmal Hasen und Rehe in ungeahnten Mengen und zu spottbilligen Preisen angeboten. Wir haben aus dem eigenen Mund solcher Bauern die Sicherung gehabt, sie hätten bisher in ihrem ganzen Leben noch nie soviel Hasenbraten gegessen, wie nun innerhalb weniger Wochen. Dieselbe Erscheinung wiederholte sich dann nach der Einführung der Höchstpreise bei den Süßwasserfischen, die noch heute nicht oder kaum zu kaufen sind. Besonders bezeichnend waren und sind aber doch die Erfahrungen, die das verbrauchende Publikum mit dem sogenannten ausländischen Schweinefleisch hat machen müssen. Seit Wochen und Monaten verlaufen unsere Fleischer in allen großen, aber auch in zahlreichen kleinen Städten überhaupt nur noch angeblich „ausländisches“ Schweinefleisch, in einem Umfang, der auch bei dem Gutgläubigen Verdacht erweden muss. Eine einfache Schätzung der seitgedachten Mengen „ausländischen“ Schweinefleisches muss nach unserer Überzeugung feststellen, dass die tatsächliche, statistisch leicht zu erfassende Zufuhr nur einen ganz geringen Bruchteil der Mengen ausmachen kann, die als ausländisches Fleisch verkauft werden. Die neue Bundesratsverordnung, die den Verkauf ausländischen Schweinefleisches aus den Räumen, in denen inländisches Fleisch seitgedonen wird, verbietet, hat nach den bisherigen Beobachtungen und Mitteilungen nur die Folge gehabt, dass noch weniger als bisher inländisches und nun erst recht „ausländisches“ Fleisch zum Verkauf gestellt wird. Die weitere Bestimmung, dass nur ein Drittel der angekauften Schweine verarbeitet werden dürfen, ist von vielen Fleischern so ausgelegt worden, dass sie beispielsweise drei Schweine kaufen, eines, das inländische, verarbeitet, die beiden anderen, die ausländischen, aber zum Verkauf stellen, selbstverständlich zu den dafür zugelassenen Höchstpreisen weit übersteigenden Sägen. Auch beim Rüde wiederholten sich diese Erscheinungen und Erfahrungen, die waren die Zeiten nicht so ernst, so lächerlich wirkten müssten. Heute wird der Anschein erweckt, als hätten sämtliche deutschen Fleißfabrikanten möglich ihre Produktion eingestellt. In tausenden und übertausenden Geschäften, in denen Fleischprodukte und Delikatessen verkauft werden, gibt es heute wieder Elster, noch Elbinger, noch Altdauer Rüde, sondern wiederum nur noch „ausländischen“, angeblich echten Holländer und angeblich echten Schweinfälle, auch diese Sorten in Mengen, wie sie unmöglich eingeschafft werden können.

Die hier angegebene Schilderung ist keineswegs übertrieben, eher noch zu mild, und man kann der Röhrischen Zeitung ohne weiteres zustimmen, wenn sie den Gemeinden die Verpflichtung auferlegt, mit starker Hand einzutreten und mit dafür zu sorgen, dass die Gebüld der Bevölkerung nicht von profitgierigen Leuten mißachtet oder gar beschädigt wird.

Umgebung der Höchstpreise.

Der Großhändler Ernst Trepke war am 19. Februar vom hiesigen Schöffengericht zu 30 M. Strafe verurteilt worden. Im November 1915 verlangte er von einem zu seiner Kundenschaft gehörigen Grünbauernhändler für den Rentner Kartoffeln 50 Pf. über den Höchstpreis und begründete den Aufschlag mit dem Leid der Sägen. Wenn die Kundenschaft die Sägen wiederbrächte, wollte er 20 Pf. herauszahlen. Der Kunde hatte selbst Säge mit und wollte die Kartoffeln umschlagen. Darauf ging T. aber nicht ein; es war also klar, dass er einen erhöhten Betrag für die Kartoffeln erreichen wollte. Die Säge kam zur Anzeige und die Folge war die Verurteilung. Gegen das Urteil legte T. Berufung ein. Aus den Akten ging hervor, dass T. ein jährliches Einkommen von 8000 M. versteuert und dass schon wieder ein Strafverfahren gegen ihn schwirbt. Nach den Ausführungen des Staatsanwalts handelt es sich hier um eine ganz raffinierte Umgehung der Höchstpreise, die eigentlich mit Gefängnis geahndet werden müsste. Erkenne man aber auf Geldstrafe, so müsse dieselbe für einen so reichen Mann ein fühlbares Leid sein. Das Landgericht hat das erste Urteil auf und erkannte auf 100 M. Strafe. Von einer Befreiung des Urteils wurde diesmal noch abgesehen. (1)

Der Rentner G. Hindelsen in Oberlößnitz bei Dresden wurde vom Landgericht Dresden wegen übermäßiger Preissteigerung beim Verkauf von selbstverlegten Sägen zu 300 M. Strafe verurteilt. G. war Sohn von zwei Kindern, für die er eine jährliche Rente von 1000 M. zu zahlen hat. Am 14. Oktober 1915 verkaufte er an eine Wildbändlerin zwei von ihm in seinem Jagdgebiet geöffnete Sägen zu einem Preis von 5,90 M. das Stück. Die Sägenkammer nahm hierin eine übermäßige Preissteigerung. G. der die Jagd nur zu seinem Vergnügen betreibt, könne kein Anspruch auf illegitimen Gewinn aus diesem Bergungen angeblich wobei er auf die Zeitungen, die von vornherein seine Angaben bestreitet hat, überführt worden, dass er den Anfall nur erwidert hat. Das angeblich getötete Geld von annähernd 1000 M. ist in seiner Wohnung gefunden worden. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Nahrungsmittel-Untersuchungen.

Der amtliche Nachrichtendienst für Ernährungsfragen berichtet: In der Sitzung des Sachverständigenrates für Hülsenfrüchte, Reis, Getreide, Gruppen, Kolonialwaren und sonstigen am 22. März wurde über die zurzeit zahlreich im Handel befindlichen Ersatzpräparate für notwendige Lebensmittel beraten. Die chemische Untersuchung einer größeren Anzahl derartiger Präparate, wie Gi-Erzäh u. a. m., hat ergeben, dass ihr Nährwert meist nicht hoch zu bewerten ist. Es kommt ihnen nur ein gewisser Verwendungswert und Genusswert zu. Die Anpreisungen derartiger Präparate müssen in vielen Fällen als nicht zuverlässig bezeichnet werden. Ramentlich gilt dies beispielweise für die Gi-Erzähuliver, die fast ausschließlich aus Maismehl, Kartoffelmehl und einem Treibmittel bestehen, aber nach der Aufschrift der Badische Hülmerei „erzeugen“ sollen. Der Sachverständige fühlt sich verpflichtet, die Bevölkerung auf Erfolg irgendwelcher Unfitten, zumal in Friedenszeiten sei es aus volkswirtschaftlichen Gründen völlig unbedingt, derartig hohe Preise zu fordern. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Ansiedlung von Kriegsteilnehmern.
Dem Landtage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den die Ansiedlung von Kriegsteilnehmern erleichtert und gefördert werden soll. Die hauptsächlichsten Bestimmungen lauten:
§ 1. Die Kreishauptmannschaft Dresden als Generalkommission für Ablösungen und Gemeintheitsleistungen hat die Ansiedlung von hierfür geeigneten Teilnehmern an dem gegenwärtigen Kriege, insbesondere von Kriegsbeschädigten, zu vermitteln. Zu diesem Zwecke wird ihr ein beratender Ausschuss zur Seite gestellt, dessen Mitglieder von dem Ministerium des Innern nach Gehör des Landeskulturrates und des Landeskonservators der Stiftung Heimatkundskundung berufen werden. — § 2. Die Bezirksoberhäupter haben bei der Ansiedlung von Kriegsteilnehmern mitzuwirken und hierbei den Aufträgen der Generalkommission Folge zu leisten. Insbesondere werden sie ermächtigt, zu diesem Zwecke Lande zu erwerben und an die Ansiedler zu verkaufen oder Erbbaurechte daran zu bestimmen, die Ansiedlungsstellen zu beleihen oder für die Kauf- und Baugeldberhypotheken gemeinschaftlich mit der Gemeinde das Ansiedlungsgebiet Bürgschaft zu über-

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten.

Neuwahl der Hälfte der Armenpfleger. Begründung der Stelle einer Verwalterin für das Genesungsheim Schönstein der Städtischen Betriebskrankenkasse. Erstattung des persönlichen Aufwandes für das Wirtschaftspersonal des Genesungshauses an die Städtische Betriebskrankenkasse. Ueberlassung der Verwaltung und Benutzung des Genesungshauses an den Vorstand der Betriebskrankenkasse gegen Erhebung eines Mietzinsees. Gewährung einer Jahresvergütung an die Allgemeine Ortskrankenkasse für Dresden für Erledigung der ihr nicht obliegenden Invalidenversicherungs geschäfte. Ueberschreibung der für die Errichtung einer neuen Kirche an der Annenkirche im Jahre 1913 bewilligten Baufesten im Betrage von 352 M. 19 Pf. auf das Jahr 1916. **G a u s h a l t** v. I. der Stadt Dresden: Generalschlund, Feuerpolizei und Sanitätsdienst, Höhere Unterrichtsanstalten, Armeenamt, Verfugungs-, Arbeitsanstalt, Fürstengymnasium, Städtische Kinderpflege und Erziehungsanstalt, Unterbringung von Kindern in Familien (Stadtspflege, Landspflege), Anstellungspalast, Rittergut Klingenberg, Ausbildung- und Lagerplätze am linken Elsterufer, Städtischer Klingelpohl und Städtischer Speicher. Niederschreibung eines besonderen gemischten Auskusses zur Vorberatung der Aenderung der Satzung der Dresdner Mietdarlehenskasse.

Selbstmord. Zu dem gestern gemeldeten Selbstmord einer 14jährigen Konfirmandin wird mitgeteilt, daß das Mädchen angeblich von Trieben befallen war, weil es befürchtete, es werde zur Konfirmation keine neue Kleidung erhalten.

Berichtigung. Zu der in Nr. 67 unserer Zeitung mitgeteilten Verhandlung des Kaufmannsgerichts in Sachen der Verkäuferin Schneider wird uns von der Staatsanwaltschaft des betreffenden Geschäftes mitgeteilt, daß die Darstellung des Gerichts in einem Punkte falsch sei. Es wird gefragt, daß die Staatsanwaltschaft aus eigener Nachvollkommenheit das Gehalt nicht ausgezahlt habe. Das ist nicht der Fall, vielmehr habe sie dazu keine Berechtigung und nur das Recht zur sofortigen Entlassung gehabt.

Kaufmannsgericht.

Bei der Firma Pöpfer, Metzger, war der Kaufmann Kippendorf beschäftigt. Am 12. Mai 1915 ist er, als er von einer Reise mit Herrnmueller zurückkehrte, entlassen worden. Bei der letzten Tour, die er gemacht hat, hat er über 1000 Mark Provisio verbraucht, von denen die Firma 62 Mark zurückverlangt. Befragter bestreitet die Angabe. Es sei ihm jedes Jahr bei der Tour mit Mäusen vorzuhaben gegeben worden, der dann, wenn die Bezahlungen von der Kundenstube hereinkommen, mit seinen 10 Prozent Provision verrechnet werden sei. Der Buchzugang, den ihm die Firma geliefert, sei nicht vollständig, es fehlen sehr viel Lieferungen, worauf er Provision zu beanspruchen habe, wie auch der Bertrag ausweist. Die Firma ist schon durch eine Reihe von Zeurinen gegangen, aber immer hofft es an den gegenüberliegenden Betrieben. Diesmal sollte der Chef der Firma beobachten, daß in dem Buchzugang alle Lieferungen enthalten sind, worauf Befragter Provision zu beanspruchen hat. Vor der Beleistung kann es aber zu einem Vergleich, wosich Befragter der Firma sofort 300 Mark zahlt. Von beiden Seiten wird erklärt, daß damit alle aus dem vertraglichen Anstellungsbereich entstandenen Verpflichtungen aus der Welt geschafft sind.

Bei dem Kaufmannsgerichtsurteil steht der Kaufmann Thiele als Prozessverteidiger beschäftigt. Am 18. November wurde er per Depesche von der Reise zurückgezogen. Am 6. Januar wollte er wieder auf die Reise gehen. Die Firma war dagegen, nun verlangte er 1150 Mark entgangene Provision. Das Landgericht hielt sich für ungünstig und erklärte Th. als Handlungsschluß, der vor das Kaufmannsgericht gehöre. Die Firma behauptet, Th. sei nicht angezeigt; Es hält sich für fest eingezogen. Ein Vergleich, der vom Gericht angebahnt wurde, scheiterte an wiederholtem Widerstand. Die Klage wurde abgewiesen.

Die Verkäuferin Schröder ist schon seit 1. Juli 1910 in dem Schuhwarengeschäft von Pöpfer. Bei Beginn des Krieges hatte sie 120 Mark Monatsgehalt. Dann wurde ihr für die Kriegszeit 30 Mark pro Monat gefügt, dafür erhält sie das Versprechen, daß während des Krieges nicht gefügt werden soll. Am 16. März ist sie ohne Rücksicht entlassen worden. Nun liegt für eine Gehaltsforderung von 540 Mark ein. Sie verlangt für alle Kriegsmonate die abgezogene 30 Mark nochgezahlt. Ihre Forderung begründet sie mit dem Versprechen, das man ihr gegeben habe, und streitet stets auch die 30 Mark zu Unrecht abgezogen, denn das Wirtschaftsamt während des Krieges stärker gegangen als in Friedenszeiten. Wegen der Gehaltsabzüge während der Kriegszeit steht das Kaufmannsgericht auf dem Standpunkt, daß für den Rundungsmonat das früher Gehalt zu zahlen ist, weiter zurück können oder nicht gegangen werden. Befragter hat der Anginerin 250 Mark, die sie annahm, und auf weitere Forderungen verzichtet.

Bei der Firma Altenbergsche Gesellschaft für Glasfabrikation, vorwärts Friedrich Siemens, war vom 16. März 1915 bis 31. März 1916 der Expedient und Korrespondent Schulte in Stellung gewesen. Er hatte seinen Posten freiwillig nach gleichlicher Rümpfung verlassen. Sein Monatsgehalt betrug 110 Mark. In das Zeugnis hatte die Firma eine Bemerkung geschrieben, die Müller nicht weiter fortsetzen möchte anfangen und befehligt haben wollte. Die Firma hat es nicht, darauf fragte Th. Im Termin war ein Prokurist der Firma als Zeuge. Vom Gericht wurde ihm nahegelegt, das beanstandete Wort zu wiederholen, ein neues Zeugnis ohne das Wort auszutragen. Er erklärte aber, das könnte er ohne ausdrückliche Genehmigung des Prokura nicht. Allerdings erlaubte, daß die Kompetenz eines Prokura nicht weiter reicht. Der Müller ist Kriegseinwander und ist im Prograz arbeitsunfähig. Schließlich wurde ein neues Zeugnis ohne das unminde Wort entworfen, dagegen hat sich über die Firma das Einspruchrecht bis Montag den 4. April vorbehalten. (Vorleser: Stadtamtmann Dr. Röhr; Beifahrer: Direktor Löhner, Kaufmann Lohmann, Buchhalter Duda, Prokurist Herzog.)

Aus der Umgebung.

Leubnitz-Reußstra. Auslandsbutikverkauf am Donnerstag, vormittags 8 Uhr, im Freibaukraum.

Rähnitz. Donnerstag, abends 8½ Uhr, öffentliche Gemeinderaatsitzung statt. Jedem Einwohner steht der Zutritt offen.

Radebeul. Wasser-Untersuchung. Die von der Königl. Zentralstelle für öffentliche Gesundheitspflege zu Dresden vorgenommene Untersuchung des Wassers vom Wasserwerk „Neubrunn“ hatte folgendes Ergebnis: Das Wasser war klar, farb- und geruchlos, frei von Bacterien. Die bacteriologische Prüfung ergab: 56 Reime in 1 Kubikzentimeter Wasser; Bacterium coli war in 10 Kubikzentimeter

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Das Streitrecht der Eisenbahner.

Der Befreiung, das Organ der im Deutschen Transportarbeiterverbande organisierten Eisenbahner, befaßt sich in einem Artikel mit der Geltungnahme der Regierungen zum Streitrecht der Eisenbahner. Besonders sind noch wie vor alle bürgerlichen Parteien mit den Staatsregierungen darin einig, daß den Eisenbahner ein Streitrecht nicht eingeräumt werden könne, und der preußische Eisenbahnaminister versagt, daß die Eisenbahner ausdrücklich davon abweichen lassen. Auf Grund dieser Schlüsse wirft der Befreiung die Frage auf, was nun geschehen soll. Das Blatt zitiert aus der Antwort des Ministers, die er auf die Rede des Generals Leinert im preußischen Abgeordnetenhaus gab, die Stelle, wonin die doch erwähnte Vergleichsleistung geführt wird, und bemerkt dazu:

„Aus diesen Worten geht deutlich hervor, daß in Bezug auf für absehbare Zeit nicht damit gerechnet werden darf, daß eine Änderung in der verwaltungstechnischen Verschärfung des Streitrechts einzutreten könnte. Ebenso liegen die Dinge in Bayern und dort augenblicklich noch in Sachsen. Was will es befreien, daß die Eisenbahnverwaltungen in Baden, Württemberg und Oldenburg den Arbeitern und Bediensteten die Beteiligung an den gewerkschaftlichen Organisationen ohne Einschränkung gestatten, wenn nunneuchst der deutschen Eisenbahner von den Verbots betroffen werden?“

Der Befreiung regt dann eine Aussprache der organisierten Eisenbahner mit den in Frage kommenden Gewerkschaften an, die aus einem anderen Grunde notwendig sei, nämlich wegen der Organisationsfrage. Es bemerkt:

„An dieser Stelle näher darauf einzugehen unterlassen wir. Es dürfte genügen, wenn wir darauf hinweisen, daß sich im Laufe der Zeit Verhältnisse in der Regelung herausgebildet haben, die zur völligen Desorganisation führen müssen, wenn nicht unverzüglich eine Änderung herbeigeführt wird. Die Auflösung derjenigen, die es zunächst angeht, nämlich der Eisenbahner selbst, steht hier den Bestrebungen der Gewerkschaftsleitung direkt entgegen, und alle Hinweise auf die begängigen Verhältnisse der Gewerkschaftsfront sind ebensoviel geeignet, die Eisenbahner mit dem bestehenden Zustande auszuführen, wie theoretische Abhandlungen über die Frage, ob die in den Eisenbahnerwerken befindlichen Handwerker und Arbeiter „Eisenbahner“ sind oder nicht. Es handelt sich jetzt darum, einen Weg zu finden, der allen Eisenbahner die Teilnahme so vorteilhaft wie möglich macht. Die Aufgabe der Generalkommission der Gewerkschaften wird es nun sein, unverzüglich die erforderlichen Schritte zur Regelung der Organisationsfrage der Eisenbahner einzuleiten.“

Es wäre in der Tat für die Eisenbahner ein nicht hoch genug eingeschätzter Vorteil, wenn es gelänge, in ihrem Organisationswesen eine Einheitlichkeit zu schaffen, und wenn die Generalkommission hier etwas erreichen könnte, so wäre das auch vom Standpunkt der allgemeinen Arbeiterschwäche aus außerordentlich freudig zu begrüßen. Aber um in der hier aufgeworfenen Frage Hoffnungen zu erzeugen, sind gewiß nicht geringe Überzeugungen, namentlich bei den Eisenbahnern selbst, zu überwinden. Dazu das darf natürlich nicht abschrecken, alles zu tun und zu unternehmen, was irgendwie die Sache vorwärtsbringen kann, und deshalb ist die Aufforderung des Eisenbahnerverbands an die Generalkommission bestätigt.

Inland.

Rückbildung im Schüttengraben.

Der Saarbrucker Zeitung sendet man aus dem Feld ein Scheiben, batte Baden-Württemberg, den 3. März 1916:

„Es ist vielleicht die Reichsaufstellung vertreten worden, daß ein zu den Jahren eingezogener Angestellter dann einen Rechtsanspruch auf Weiterbeschäftigung habe, wenn ihm nicht förmlich gekündigt worden sei. Sie werden es bestreitlich finden, daß es uns beim besten Willen nicht möglich ist, heute schon mit Bestimmtheit sagen zu können, daß alle den großen Zahl unserer zu den Rahmen eingeschlossenen Angestellten unbedingt wieder eingestellt werden können, weil wir völlig unbeständig sind, den Umfang unseres militärischen Betriebes auch nur eingeschlossen zu übersehen. Wir geben uns aber der bestimmtsten Gewissheit hin, vor allem für diejenigen Herren, die längere Zeit für uns tätig waren, die Wiederherstellung auf Wunsch ermöglichen zu können. Der Lehrgang wegen bitten wir Sie jedoch, uns zu bestätigen, daß Sie mit uns darin einig sind, daß Sie den oben erwähnten Rechtsanspruch nicht erheben. Zu diesem Behufe wollen Sie uns die Einlage, mit Ihrer weiten Unterschrift versehen, zusenden. Hochachtungsvoll! L. Bartsch, Fabrik, Zigarettenfabrik C. m. a. d.“

Man kann sich denken, wie eine derartige Rückbildung auf die Feldzugsteilnehmer wirken mag, bemerkt hierzu die genannte Zeitung: vielleicht erhalten sie das Schreiben zugestellt unmittelbar nachdem sie ihr Leben für die Heimat eingelegt haben. „Der Erinnerung wegen“ hält es der heimliche Arbeitgeber für angebracht, auch die Erfahrung langjähriger Angestellter in das Nicht zu stellen. Warum? Es könnte möglicherweise nach Erledigung nicht die geeignete Verwendung für sie haben und wäre alsdann verdächtig, sie nach dem Handlungsgebot mit schändlicher Frist zu kündigen. Diese sechs Wochen stellen das Ristof des Prinzipals dar, um bereitzustellen, er den Rückzugsbefehl in den Schüttengruben schlägt. Was demgegenüber das Ristof desfeldgrauen Angestellten ist, braucht nicht gesagt zu werden.

Gewerkschaftliche Frauenzeitung.

Die soeben erschienene Nr. 7 der gewerkschaftlichen Frauenzeitung hat folgenden Inhalt: Kriegsnotfälle und Arbeiterschwestern; Weibliche Arbeitskräfte in den Gemeindebetrieben; Vorstellung; Was dem Leben des kleinen Jan; 25 Jahre Deutscher Arbeiterarbeiterverband; Schulungsförderung; Arbeiterschulung und Wirtschaftsorganisation; Kampfende Frauen; Abschluß des Dreihäderkäfers; im Kindergarten; Angestelltenorganisationen und Dienstverträge; Heimarbeitsträger; Frauen im französischen Eisenbahndienst; zwei Bilder einer Führerin der proletarischen Frauen. — Die gewerkschaftliche Frauenzeitung erscheint aller 14 Tage Mittwochs und ist zu bezahlen durch alle Postanstalten zum Preise von 20 Pf. dreieckig.

Wüstebach.

Gewerkschaft, Bürgerrecht und Polizei in Freiburg.

Kinderkram, 28. März. Zur Anschauung an die in Freiburg in Begegnungen und bei Zeitungshändlern vorgenommenen Haussuchungen beschworen, wie die Ameisen meilen, Polizisten sich eingehen in das Hauptquartier des irischen Transportarbeiterverbands zu berufen. Eine betroffene Mutter, die vor dem Tod stand, überbrachte sich jedoch. Die Polizisten zogen sich zurück, und kurz darauf marschierte eine Abteilung Bürgerrecht, die mit dem Transportarbeiterverband in Verbindung steht, bis an die Zähne bewaffnet, zur Verstärkung des Hauptquartiers herbei.

Parteiangelegenheiten.

Die Gründungsparty und die Organisationen.

Um am Sonntag in Düsseldorf abgehaltene Vorstandskonferenz des ersten anhaltischen Reichstagwahlkreises beschloß einstimmig: „Die Vorstandskonferenz willigte es auf das entgegen, daß während der dem Deutschen Reich und Volk zum einzelnen Auslande brogenden Gefahren und angesichts der unerlässlichen Partei für die Verteidigung des Reichstages und die Sicherung der Arbeiterschaft obliegenden großen und bringenden Aufgaben die Einheit der Partei durch die Einigkeit des Arbeiterschafts-Dienstes und seiner Organisationen gegen die Absonderungen der Oppositionskräfte verteidigt werden.“

Geoffossen heine, mit dessen Stellung und parlamentarischer Tätigkeit einverstanden ist und dem sie ihr volles Vertrauen ausspricht. —

Die Konferenz sieht es als Pflicht jedes deutschen Sozialdemokraten an, auch weiterhin dem Vaterland in dem gerätschten Kampfe um seine Existenz bis zur Errichtung eines Friedens, der Deutschland politische und wirtschaftliche Existenz dauernd sichert, zur Seite zu stehen.“

Im Sozialdemokratischen Verein Freiburg i. Br. referierte am Sonntag Reichstagsabgeordneter Simon über die Stellung der Minister und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Spaltung der Reichstagsfraktion nicht zu einer Spaltung der Partei führen werde. Die Mehrheit sprach Beimann-Freiburg, der betonte, daß die ausgetretene 18 Abgeordneten durch ihr Vorgehen eine schwere Schuld auf sich geladen haben. Es würde dringend, daß die Versplittungsstreitungen in Baden keinen Nährboden finden.

Bezugspreiserhöhungen der Parteipresse.

Der Verlag der Neuen Zeit lädt ein, daß diese Wochenfrist der Partei nicht höher 8,20 M. vom 1. April an 8,90 M. wöchentlich kostet werden wird. — Der Abonnementpreis des Vorwärts in Berlin wird ebenfalls vom 1. April an um 20 Pf., von 1,10 M. auf 1,20 M. monatlich erhöht werden. — Außer diesen und den bereits früher genannten haben insbesondere noch folgende Parteblätter Bezugspreiserhöhungen angekündigt: Münchner Post von 90 Pf. auf 1 M.; Darmstädter Arbeiterzeitung, Remscheider Arbeiterzeitung und Mannheimer Volksstimme von 80 auf 90 Pf. Frankfurter Volksstimme und Essener Arbeiterzeitung von 70 auf 80 Pf. Karlsruher Volksfreund von 70 auf 85 Pf. Hallisches Volksblatt und Volksbote im Preis von 70 auf 80 Pf. monatlich.

Handel und Industrie.

Steigerung der Rohserzeugung.

Von der Deutschen Bevölkerungssammlung wurden die beantragten außerordentlichen Maßnahmen zur Steigerung der Rohserzeugung auf Grundlage der Vorläufe des Reichstages genehmigt. Bald nach Anspruch des Reiches ist auf die Erhöhung der Rölsproduktion nachdrücklich hingearbeitet worden, und zwar hauptsächlich deswegen, weil die Nebenprodukte des Rölsprozesses, also in erster Linie schwefelreicher Ammonium, Zink und Blei, infolge der zunehmenden Schwierigkeiten des Bezuges ausländischer, denselben Broden dienender Produkte in verstärktem Umfang gebraucht wurden. Um den damals ziemlich dankbar liegenden Rölsabfall anzuregen und insbesondere auch Verbraucher, die bis dahin keinen Röls, sondern Kohlen vermerkt hatten, an die Verwendung von Röls zu gewöhnen, sollte das Rölsministeriat, das das Verhältnis zwischen Kohlen- und Rölspreisen dadurch zugunsten der Rölspreise verändert, daß es die Rölspreise erhöhte, die Rölspreise aber ermäßigte. In der Tat wurde der erhebliche Zweck der Steigerung der Rölsproduktion damit zu einem gewissen Grade erreicht. Später aber hielt das Rölsministeriat es nicht für nötig, eine so erhebliche Prämie für den Rölsbezug zu gewähren, und als dann der preußische Handelsminister darauf drang, daß die Rölspreise nicht wesentlich weiter erhöht werden dürfen, wurde den Rölsbevölker durch mehrmalige Erhöhungen der Rölspreise ein Ausgleich geboten. Die Rölspreise wurden Ende Juni 1915 mit Wirkung vom 1. September um 2 M. dann im Januar 1916 noch einmal um 1,50 M. erhöht, wodurch die Bezugsprämie für Röls zum erheblichen Teil wieder aufgehoben wurde. Die neuzeitliche Zeitwendigkeit, die Rölsproduktion zu steigern, ist eine Folge des erhöhten Bedarfs an Nebenprodukten der Rölsförderung, namentlich an schwefelreichen Ammonium.

Tobakmonopol in Serbien. Nach Melbung der Belgrader Nachrichten wurde der Tabak-Monopolvertrag zum Verbleib der ungarischen, österreichischen und bosnischen Erzeugung an die ungarische Bank und die Handelsgesellschaft in Berlin vergeben. Der zuständige Anteil der betreffenden Region erscheint nicht festgestellt. Der Reihenplatz ist für Verwaltungszwecke bestimmt.

Volksgesundheit!

Naturheilverein Dresden-Ost.

Freitag, 31. März, abends 8 Uhr, Tivoli, Wettinerstr.

Familien-Abend

zum Beste von unserem im Felde stehenden Mitgliedern.

Ausführende:

Dresdner Victoria-Sänger!

Eintritt 50 Pf. (B 218) Eintritt 7 Uhr.

Der Hund von Baskerville

Sarrasani-Theater

Kein Film!

14.40

Täglich

8 Uhr 20 Min. abends

Ferdinand-Bonn-Gastspiel

Alleiniger Vorverkauf: Kinohaus Bonn. Am Altmarkt.

Musenhalle.

Rat und Stadtrat. Zugang 5 M.

Genossenschafts-Hamburger-Musenhalle

Zugang und Programm

abends 8 Uhr: Spanische

Himbeersaft 135
1/4 Pl.
Mrdbeersaft 145
1/4 Pl.

Residenz-Knusphaus

Probieren Sie unsere
Suppentafeln „Krone“ 10,-
Stück 10,-
Saucenwürfel 10,-
Stück 10,-

| | | |
|---|--|--|
| Gemüsenudeln Pfund 51,- | Gemischtes Backobst . . . Pfund 95,- | Getrocknete Pflaumen . . . Pfund 90,- |
| Reismehl Pfund 75,- bei 5 Pfund 73,- | Buchweizenmehl . . Pfnd. 60,- bei 5 Pfnd. 58,- | Erbsenmehl Pfund 82,- |
| Kunsthonig 2-Pfd.-Dose 100,- 1-Pfd.-Dose 55,- | Marmelade Pfund 48 und 58,- | Kunsthonig 1-Pfd.-Paket 48,- |
| Schollen groß Pfund 78,- klein Pfund 65,- | Bouillon-Würfel „Krone“ | Sauerkraut Pfund 14,- |
| Seelachs Pfund 88 und 80,- | 25 Stück 95,- 50 Stück 1.85 | Salz-Schnittbohnen Pfund 38,- |
| Seeaal Pfund 82 und 72,- | 100 Stück 3.65 | Anchovis Dose 70,- |
| Fischklöße, gebraten . . . Dose 1.70 | 200 Stück 7.00 | Gabelbissen Dose 1.30 und 90,- |
| Fischklöße in Brühe . . . Dose 1.70 | Sardinen in Oel Dose 1.40 | Bismarckheringe Dose 1.55 und 1.20 |
| Sardellenbutter . . Tube 65 und 50,- | Sardinen in Oel Dose 90 und 65,- | Perlzwiebeln . . Glas 1.00 und 55,- |
| Lachsbutter Tube 70 und 50,- | Makrelen in Brühe D. 1.68 und 1.20 | |
| | Makrelen in Tomaten D. 1.20 und 90,- | |
| | Anchovispaste Tube 65 und 45,- | |

Schuhwaren

| | | | |
|--|--|---|---|
| Damen-Pantoffel in vielen Farben Paar 195,- | Kordpantoffel mit Ledersohlen und Polster für Herren P. 1.75, für Damen P. 165,- | Atlas-Stepp-Morgenschuhe elegant und leicht für Damen Paar 325,- | Brokat-Morgenschuhe in aparten Farben für Damen Paar 325,- |
| Herren- und Damen-Leder-Haus- schuhe mit Absatzfleck Paar 5.50,- 475,- | Schwarze Samt-Damen-Spangens- schuhe Paar 9.75,- 825,- | Damen-Halbschuhe in schwarz, mit Derby u. Lack- kappe, mod. Form, Paar 14.50,- 1050,- | Damen-Leder-Spangenschuhe mit Absatzfleck, schwarz und braun Paar 650,- |
| Damen-Spangenschuhe Wildleder, in verschiedenen Modefarben 16.50, 14.50, 1350,- | Damen-Lackleder-Halbschuhe mit Derby, moderne Form 14.50,- | Damen-Wildleder-Gamaschen- Stiefel mit Lacklederblatt, Paar 15.50,- | Elegante Damen Stiefel moderne Formen, mit Derby und Lackkappe 16.50, 15.50, 14.50,- |
| Kneben-Boxcaft-Stiefel breite Form Größe 36-40 16.50, 15.50,- | Herren-Stiefel Rahmenarbeit schwarz und braun Paar 18.50,- | Damen-Stiefel für empfindliche Füsse, mit br. Absätzen, auch mit bes. weiten Schäften vorrät. 15.50,- | Mädchen-Boxcaft-Stiefel mit flachen Absätzen, sehr be- quem, Größe 36-39 Paar 14.50,- |
| Kinder-Stiefel, Schero u. Boxcaft, breite, bequeme Formen Größe 25-26 5.75, Größe 23-24 4.50,- | Schero-Kinder-Stiefel mit Derby und Lackkappe Größe 31-35 8.50, Größe 27-30 7.75,- | Rindbox-Schuhstiefel bewährte, gute Qualitäten Größe 31-35 9.25, Größe 27-30 8.50,- | Herren- und Damen-Pantoffel mit Linoleumsohlen Paar 95,- |



Pfeilstrasse 16 Tel. 18102 Weißeritzstrasse 17 Tel. 21655
Alleenstrasse 4 Tel. 22255 Bismarckstrasse 13 Tel. 21735
Bismarckplatz 12 Tel. 22366 Bechtoldstrasse 2/1 Tel. 14295
Eing. Lindenstrasse. Tel. 34162 Torgauer Strasse 10 Tel. 21806
Zillenstrasse 12 Tel. 23506 Trompeterstrasse 5 Tel. 22265
Bleinerstrasse 11 Tel. 14571 Kesselsdorfer Str. 16 Tel. 14114
Werthauser Strasse 14 Tel. 14060 Pfotenhauerstrasse 24 Tel. 18070
Kontor und Verkauf: Dresden-A. 5. Telefon 21654.

Direct von den Fangplätzen heute eintreffend
eine Hundert-Zentner-Ladung
egtragroße blutfrische, sehr fette, grüne

Makrelheringe 50,- Pfund
Wie Schellfisch zu Kochen.
Rezepte zum Gauermachen, Kochen, Braten usw. gratis.

Kabljau ohne Kopf, nur Fleisch, in großen, breben Fischen . . . Pfund 72,-
Direct aus den Räuchereien soeben eingetroffen:
Feinste, goldgelbe, fette

Ia Sprotten
die etwa 4 Pfund schwere Rüte 265,-
Versand prompt gegen Nachnahme. [L. 215]

Mäder, geb., 20, 30, 40, 50, 60,
70 bis 85 Kr.
Mäntel 4.50, 5.50, 6.50, 7.50,
8.50 und 10.00 Kr. [A. 100]
Schlafzudecke 5.50 und 6.50 Kr.
Schlafzudecken u. Deckenstreifen,
Schlafdecke 1.00, 1.25 u. 1.50 Kr.
Schlafzudecken — 85,— 75.50 Kr 19.00.
Schlafzudecken, kg — 55 Kr.
Schlafzudecken, Matratzen 40.

Gebr. Eichhorn
Trompetersitz 17
Enorm billig:
Kinderwagen
u. Sportwagen.
Kinderwaggon! Katalog.

Zahnärztl. Abend-Klinik

Sprechstunden 7 bis 9 Uhr abends
Grunaer Straße 7, I. r.

am Pirnaischen Platz.

Knotenpunkt aller Hauptlinien der Straßenbahn.

Ersparnt Zeitverlust!

Eingerichtet für werktägliche Leute

Gäuber gewaschene, weiße und bunte Büßhereste
für Büttlicher geeignet, lautet [K 239]

Julius Bintsch, Uttingegesellschaft, Dresden, Seminarstr. 15

Spülapparate

Leibbinden, Vorfallbinden,
Monatsgürtel, Frauen-Tee,
Frauenartikel

+ Gummiwaren
für Geld [L. 224]

Frau Heusinger

Eine See 27

z. d. Dippoldiswalder Platz

Ich warne
gebr. Säde

nicht zu verschleudern. Ich zähle als
Rachtmünder, seit 15 Jahren damit
beschäftigt, pr. Et. bis 1.70 M. für

Badleinmönd zahlreiche Preise.

Bei Säde-Gintauschau Tager,

Scheffelstr. 16, 1. Rarität gen. [A. 166]

zahl bis 1.70 Mark pro Stück

Langemann, Große Brüder-

straße 11, 1. Eingang Quergasse,

Tel. 17288. Bei größeren Wölfen

komme ins Haus, komme nach außen.

Bertilo, Kleider, Rübenkraut,

C. Gola, Spiegel, Schreibstoff,

Seitstellen mit Matratzen, wie neu,

sportlich. [K 261]

3. Welt, Leidniger Str. 28.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

für Lieberberläuer in größter

Wand zu billigen Preisen.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

für Lieberberläuer in größter

Wand zu billigen Preisen.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

für Lieberberläuer in größter

Wand zu billigen Preisen.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

für Lieberberläuer in größter

Wand zu billigen Preisen.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

für Lieberberläuer in größter

Wand zu billigen Preisen.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

für Lieberberläuer in größter

Wand zu billigen Preisen.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

für Lieberberläuer in größter

Wand zu billigen Preisen.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

für Lieberberläuer in größter

Wand zu billigen Preisen.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

für Lieberberläuer in größter

Wand zu billigen Preisen.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

für Lieberberläuer in größter

Wand zu billigen Preisen.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

für Lieberberläuer in größter

Wand zu billigen Preisen.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

für Lieberberläuer in größter

Wand zu billigen Preisen.

Adams Kunstdruck

Zwischenstr. 1, am Ost. H.

Konfirmations- und Osterkarten

Leben · Wissen · Kunst

Ein Taler.

Von Franz van Waes.

Aus dem italienischen überzeugt von G. Götzner.

Ich habe eine Frau begraben sehen, die von ihrem Mann ermordet worden war. Er ging selbst hinter dem Sarg, der Mörder, und sein Kopf hing tief auf seine Brust herab, und unter den schweren Wimpern drangen diese Tränen hervor, die ihm über die geschnittenen Wangen in den struppigen Bart rollten. Und die schweren knödigen Hände in den schwärzlichen, baumwollähnlichen Handtüchern preßten sich krampfhaft gegen jenen von Zeit zu Zeit von plötzlichen Schüben erschütterten Leib. Rings um seinen robusten Schädel ragten die straffen Haare stell auf wie die scharfen Vorszen eines gemarterten Tieres.

Als ein Bild des größten und tiefsten Schmerzes ging er hinter dem Sarg, er, der Mörder, hinter der Leiche der Frau, die er getötet hatte, mit so entschuldiger Grausamkeit, daß nur sie, die übermenschlich geblieben haben, es verstehen können.

Er war noch nicht dreißig Jahre alt, sah aber aus wie einer, der tief in den Gedanken steht.

Denn er hatte über zwei Jahre gebraucht, um seine Frau zu töten, und diese Zeit hatte sich für ihn mehr als verzehnfach.

Er hatte seine Frau aus Nachsuche gemordet. Sie hatte Ehebruch begangen in der denkbar verwerflichsten Weise: sie hatte sich für Geld verkauft.

Sie war nicht eigentlich schlecht, diese Frau, nicht hässlich schied. Sie war leidenschaftlich und verschwenderisch. Sie liebte schöne Dinge, Pug und glänzenden Prunk. Vielleicht hatte sie ihn damit berührt. Und mit ihren silbernen Locken und ihrem hellen, munitionen Gesichter. Denn er war ein stiller Mann von verschleiertem, ethlischem Charakter. Obwohl viel zu sagen, liebte er sie auf seine Art, auf seine schändliche Art: ungähnbar. Denn seine äußerliche Hülle verbarg ein verzerrtes Geheimnis, das tief in seinem Innern lodierte, festig und unauslöslich. Und sie war der Mittelpunkt seines ganzen Denkens geworden, das einzige Licht in seinem düsteren Leben als eifriger Arbeiter, der mit seinen knorrigen Händen und edigen Schultern sich unverzagt und entschlossen durch das jährlige Dasein zog. Das schwere Dasein eines kleinen bezahlten Fabrikarbeiters. Aber sein Wirklichkeit war bitter genug, ihn zu entmutigen, wie keine Arbeit schwer genug war, seine Knochen zu erschaffen. Mit mächtigem Schwung trug sein Hammer das weiße Eisen in die von ihm gewünschte Form. Er ließ gelassen den Schweiß über seinen harten Körper rinnen, er ließ die Schweißen füllt in seine breiten Hände fressen — denn er arbeitete für sie, für sie und ihr Kind.

Aber er verdiente zu wenig, um die geben zu können, was sie ungestüm verlangte: Prunk, Pug, schöne Dinge. Sie fragte, er lächelte und zeigte ihr seine schweißigen verbrannten Hände, seine hässlichen, sonnenfleckigen Hände. Und ahnte nicht, daß die Gefahr so groß sei.

Als er eines Nachmittags mit einem verschmieteten Finger früher nach Hause kam, unerwartet.

Da überreichte er seine Frau mit einem Verschenk, halb Herr, halb Arbeiter.

Entsprechend blieb er am Samstagvormittag stehen, einem Tag gleich. Seine breite, mächtige Gestalt versperrte die Türöffnung. Seine verbundene Hand, die er vor der Brust trug,tant langsam herab. Die Augen auf seiner Stirn und in seinem gezwungenen Lachen schwollen an und hoben sich wie straff gespannte Stricke von dem Fleisch ab. Er holte die gefundne Hand zur Faust, die ausgab wie ein Hammer, der mit einem einzigen Schlag töten kann. Ein furchtiger Schauer ging über seinen ganzen Körper und seine bösartig funkelnden Augen wurden für einen Moment durch einen blutigen Schleier getrübt.

Über er rührte sich lange nicht und stand stumm in der Türöffnung. Nach und nach wich die Spannung von seinem Gesicht, das jetzt bleich ward und wie von einer steinernen Maske bedeckt war, so hart war sein Ausdruck.

Endlich beklam er die Gewalt über seine Muskeln wieder, er machte einen Schritt ins Zimmer und sah sich um. Sein Auge

fiel auf den Tisch. Dort lag neben einem Paar ordinärer Glashandschuhe ein Taler. Er betrachtete ihn genau von allen Seiten, als wollte er sich von seiner Schönheit überzeugen. Dann stieß er ihn in seine Westentasche und sah sich nach den Beiden um, die sich äffend und totendekor vor Angst in eine Ecke verkrümmt hatten. In seinem Blick war kein Ausdruck, der auch nur im mindesten verdeckt hätte, was in ihm vorging. Stumm und gelassen, als wäre nichts geschehen, wandte er sich um und ging aus dem Zimmer. An der Tür blieb er noch einen Augenblick, wie zuvorher, stehen. Aber gleich darauf ging er weiter und zog die Tür hinter sich zu.

Etwa am späten Abend kam er wieder nach Hause. Auf seinem bleichen Gesicht lag noch immer die seltsame Maske, die keinen Sinn für Schönheit verriet, und er sagte kein Wort, mochte auch keine Bewegung, auch dann nicht, als seine Frau unter einer Tränenflut auf den Knieen zu ihm kroch. Er sah sie nicht an. Er schlug die Hände zusammen und schaute nach oben. Er nahm sein Abendbrot und aß. Dann kleidete er sich aus und ging zu Bett. Fünf Minuten später hörten schwer und frischend seine regelmäßigen Atmungen durch das stillte Zimmer, wo in dem zölligen Kreis der Lampen die Frau noch vorüber auf dem Boden lag und weinte, verzweifelt weinte und vielleicht nur unklar begriff, was sie ihm angeboten hatte.

Am nächsten Morgen brachte er das Kind zu seiner Mutter, die in einer weit entfernten Stadt wohnte. Er nahm es aus der Wiege, ohne zu sprechen, und gab auf die Nimmern und Fragen keine Antwort. Er wußte das schreiende Kind in eine wollende Decke und ging stumm damit fort.

Viele Tage später lebte er zurück. Seine Hand war sowohl geheilt, daß er wieder arbeiten konnte. Er kam ins Haus zurück, also ob er nur einige Augenblicke fortgewesen wäre. Er nahm schwiegend sein Abendessen ein und ging schlafen.

Auf seinem Gesicht lag die seltsame Maske der Unerschönlichkeit, die er an jenem Nachmittag angelegt. Er schlief fest und ruhig und hörte nicht das verzweifelte Weinen der Frau, die neben ihm lag und ratlos die Hände raus. Die nicht zu fragen wagte, schon tödlich bedingt durch die entsetzliche Stille, die auf ihre Frage kommen würde.

Als er am nächsten Mittag von der Fabrik heimkam, begann der Nord.

Seine Frau hatte alle Mühe auf sein Essen verwandt, und alles in der Wohnung war sauber und klarblau. Sie erwartete ihn in ihren hellsten Kleidern und zeigte ein freundliches, ein wenig schüchternes Gesicht. Vielleicht hatte sie Hoffnung, daß er anfangen würde, zu sprechen.

Ohne zu sprechen, wie immer seit jenem verhängnisvollen Tage, trat er herein. Ruhig hing er Jade und Blüte an den Nagel und setzte sich auf seinen gewöhnlichen Platz am Tische. Ich gegenüber.

Dann fuhr er, ohne sie anzusehen, ohne auch nur eine Muskel seines Gesichts zu verzücken, mit der Hand gelassen in seine Westentasche und zog den Taler heraus. Er sah nicht hin, sondern legte das Geldstück einfach neben seinen Teller auf die Tischdecke.

Die Frau wurde bleich und fuhr von ihrem Stuhl auf und kehrte das Gesicht zum Jährling noch dem Herzen, und mit beinahe weinlosen Blicken sah sie auf das große Silbersilber, das dort so einfach auf dem Tisch lag, aber so prachtvoll in seiner Eigenschaft.

Die Hand stammelte unverständliche Wörter, und ihre Hände zitterten nervös an dem Tischluch.

Aber er sah sie nicht an und sah ihre Gegenwart gar nicht zu bewerten. Mit unverwüstlicher Ruhe bediente er sich und begann zu essen.

Die Frau preßte den Kopf in die Hände und flüsterte vor dem Tisch auf die Knie und schluchzte laut und unablässig, aber der Mann ab unbewegt weiter. Kein Zärtlichen auf seinem wie versteinerten Gesicht verriet, daß etwas geschah, was ihn anging.

Gebald er mit dem Essen fertig war, stieß er den Taler mit derselben ruhigen Bewegung wieder in seine Westentasche, sog seine Jade an, setzte seine Blüte auf und ging fort. Er hörte nicht, wie seine Frau fast heulend vor Schmerz ihm bis in den Gang nachrief. Die Tür fiel hinter ihm zu, und er ging mit seinem starken Gesicht ruhigen Schrittes zur Fabrik.

(Schluß folgt.)

Alt-dresdner Familienleben.

Unter dem Titel „Alt-dresdner Familienleben in der Viebe-meyerzeit“ hat der Verein für Geschichte Dresdens ein von Paul Moritz Blaekel verfasstes Buch herausgegeben, das in das geruhige bürgerliche Leben der normativen Zeit interessante Einblicke gewährt. Wer in diesen Tagen in dem Buche liest, fühlt sich plötzlich wie auf einer alten weiteren Insel der Geschichte versetzt, wo der Strom des großen öffentlichen Lebens ausgespart ist und wo an dessen Stelle die verschiedenen mehr oder weniger anmutigen Bürgerlein zufriedener Behaglichkeit plätschern. Und wenn es weiter nichts wäre, dann verlobte sich wohl kaum ein Bild in dieses Buch. Aber sein höherer Wert besteht darin, daß es uns an dem Streben, Erfolgen einer Familie gewiss machen, die Seele einer Zeit enthält, in der der Einzelne sich unter dem Einfluß der revolutionären Sturm und Drang und der würtigen Verhältnissen des alten Kaiserreichs in die engere Häuslichkeit zurückzog, um diese delikte gemütlicher einzurichten. An Stelle der großen tämpferischen Gedanken und Ideale leben wir eine gefühlvolle Schwärmecke plauschreiten, die sich in Stammbuchblättern, Liebesbriefen, Geburtstagebüchern, Widmungen und Hochzeitsgedichten ausstellt. Wer in jenen Tagen das Glück hatte, das Wohlwollen der Oberen zu genießen, war ein gesegneter Mann, denn die gottgewollten Abhängigkeiten waren noch mehr wie heute eine unantastbare Sache. Deshalb war eine mit Antstand gepaarte Unterwerfung der beste Empfehlungsbrief in allen Lagen des Lebens.

Ein besonderer Vorzug des Buches ist die schlichte Erzählkunst, mit der es gehörig ist. An der Hand von Tagebuchblättern wird die interne Geschichte einer Familie entrollt, die im Dresdner Leben jener Zeit eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat. Von der im 17. und 18. Jahrhundert in Norddeutschland weitverbreiteten Familie der Riedel kam in der Mitte des 17. Jahrhunderts ein Angehöriger als Goldschmiedgeschäft nach Dresden, wo er durch Heirat mit der Witwe des Hofgoldschmiedes Rathaus Arnold selbst zum Hofgoldschmied ernannt und nun der Begründer der Dresdner Riedel-Familie wurde, von deren Nachkommen die erwähnten Tagebuchblätter überliefert sind. Zwei Angehörige der Familie haben bei dem Ankauf der mobilenischen Bilder für König August III. in den Jahren 1745/46 in herzovergängender Weise mitgewirkt und wir erfahren, unter welchen Schwierigkeiten der Ankauf und die Überführung der Bilder nach Dresden vor sich ging.

Die eigentliche Erzählung des Buches beginnt jedoch mit dem Buchhalter, Stadtrent und Stämmer Heinrich Riedel, der am 16. Mai 1861 in Dresden gestorben ist. Er hatte sich aus armeligen Verhältnissen herausgearbeitet und aus der Genügsamkeit, mit der er lebte, erfahren, wie vieles über die Lebensführung jener Zeit in bürgerlichen Kreisen und über die Preise, die für alles zum Leben Notwendige gezahlt wurden. Aus allem, was wir von dem Manne hören, spricht vor allem das Streben, es zu einer gesicherten Existenz und zu einer behaglichen Häuslichkeit zu bringen, deren große und kleine Freuden mit grösster Liebe ausgefüllt werden. Daneben erhalten wir aber ein Bild von der Erfahrung, die er

geistigen Atmosphäre jener Zeit, die uns erst die Kunst eines Ludwig Richter so recht verständlich macht. Es ist ein konservativer, ja beschlebender Geist, wie er auch in den schwärmerischen Romantischempoeten jener Zeit zum Ausdruck kommt. Aus diesem Grunde wird wohl auch der Sammler Riedel, den die jenseits vollständig ergeben war, nicht von den Jahren 1840/40 zu ergänzen.

Die Aufzeichnungen seiner Söhne, die den Hauptteil des Buches füllen, geben uns vor allem ein Bild von den Schulbesuch-

en der Zeit und von den Vergnügungen und Freuden, die Dresden damals seiner bürgerlichen Jugend bot. Was uns davon das Kapitel „Aus dem Leben des Kreuzschülers Julius Wilhelm Riedel“ erzählt, das geht vor allem die niedrige Einschätzung des Lehrerstandes in jener Zeit, der auf die Schüler sich gar oft über ihrer Lehrer lustig machen. In dem Lehrplan selbst spielen die Naturwissenschaften, Mathematik, neuere Sprachen und Deutsch nur eine geringe Rolle. Lateinisch und Griechisch waren die Grundpfeiler der höheren Bildung und so wurden denn auch die Spottgedichte auf mißliebige Lehrer mit Vorliebe lateinisch verfaßt.

Gebald er mit dem Essen fertig war, stieß er den Taler mit

derselben ruhigen Bewegung wieder in seine Westentasche, sog seine Jade an, setzte seine Blüte auf und ging fort. Er hörte nicht,

wie seine Frau fast heulend vor Schmerz ihm bis in den Gang nachrief. Die Tür fiel hinter ihm zu, und er ging mit seinem starken Gesicht ruhigen Schrittes zur Fabrik.

(Schluß folgt.)

geisteinerne Atmosphäre jener Zeit, die uns erst die Kunst eines Ludwig Richter so recht verständlich macht. Es ist ein konservativer, ja beschlebender Geist, wie er auch in den schwärmerischen Romantischempoeten jener Zeit zum Ausdruck kommt. Aus diesem Grunde wird wohl auch der Sammler Riedel, den die jenseits vollständig ergeben war, nicht von den Jahren 1840/40 zu ergänzen.

Die Aufzeichnungen seiner Söhne, die den Hauptteil des

Buches füllen, geben uns vor allem ein Bild von den Schulbesuch-

en der Zeit und von den Vergnügungen und Freuden, die Dresden damals seiner bürgerlichen Jugend bot. Was uns davon das Kapitel „Aus dem Leben des Kreuzschülers Julius Wilhelm Riedel“ erzählt, das geht vor allem die niedrige Einschätzung des Lehrerstandes in jener Zeit, der auf die Schüler sich gar oft über

ihre Lehrer lustig machen. In dem Lehrplan selbst spielen die Naturwissenschaften, Mathematik, neuere Sprachen und Deutsch nur eine geringe Rolle. Lateinisch und Griechisch waren die

Grundpfeiler der höheren Bildung und so wurden denn auch die

Spottgedichte auf mißliebige Lehrer mit Vorliebe lateinisch verfaßt.

Gebald er mit dem Essen fertig war, stieß er den Taler mit

derselben ruhigen Bewegung wieder in seine Westentasche, sog seine Jade an, setzte seine Blüte auf und ging fort. Er hörte nicht,

wie seine Frau fast heulend vor Schmerz ihm bis in den Gang nachrief. Die Tür fiel hinter ihm zu, und er ging mit seinem starken Gesicht ruhigen Schrittes zur Fabrik.

(Schluß folgt.)

geisteinerne Atmosphäre jener Zeit, die uns erst die Kunst eines Ludwig Richter so recht verständlich macht. Es ist ein konservativer, ja beschlebender Geist, wie er auch in den schwärmerischen Romantischempoeten jener Zeit zum Ausdruck kommt. Aus diesem Grunde wird wohl auch der Sammler Riedel, den die jenseits vollständig ergeben war, nicht von den Jahren 1840/40 zu ergänzen.

Die Aufzeichnungen seiner Söhne, die den Hauptteil des

Buches füllen, geben uns vor allem ein Bild von den Schulbesuch-

en der Zeit und von den Vergnügungen und Freuden, die Dresden damals seiner bürgerlichen Jugend bot. Was uns davon das Kapitel „Aus dem Leben des Kreuzschülers Julius Wilhelm Riedel“ erzählt, das geht vor allem die niedrige Einschätzung des Lehrerstandes in jener Zeit, der auf die Schüler sich gar oft über

ihre Lehrer lustig machen. In dem Lehrplan selbst spielen die

Naturwissenschaften, Mathematik, neuere Sprachen und Deutsch nur eine geringe Rolle. Lateinisch und Griechisch waren die

Grundpfeiler der höheren Bildung und so wurden denn auch die

Spottgedichte auf mißliebige Lehrer mit Vorliebe lateinisch verfaßt.

Gebald er mit dem Essen fertig war, stieß er den Taler mit

derselben ruhigen Bewegung wieder in seine Westentasche, sog seine Jade an, setzte seine Blüte auf und ging fort. Er hörte nicht,

wie seine Frau fast heulend vor Schmerz ihm bis in den Gang nachrief. Die Tür fiel hinter ihm zu, und er ging mit seinem starken Gesicht ruhigen Schrittes zur Fabrik.

(Schluß folgt.)

Eine englische Altersgrenze für Frauenarbeit.

Die seit unbestimmt Zeiten üblichen Regelungen darüber, von welchem Jahre an eine Frau als „alt“ zu bezeichneten sei, haben durch eine Entscheidung der britischen Regierung eine neue Bedeutung erlangt. Anlässlich der Einstellung einer großen Zahl von Frauen in die industriellen Betriebsbetriebe in England gab die Regierung nämlich den sogenannten Arbeitsobligationen zur Kenntnis, daß für Frauen im Volkswirtschaftlichen ihrer Leistung anzusehen seien, die sie über 40 Jahre herabseien. Wie angesehen waren, blieben diese kritischen Entwicklungen nicht ohne Gegenwiderung von den angesetzten Seiten. Daher kommt es, daß — wie im Journal des Debates berichtet wird — die englischen Frauen über 40 Jahre nicht gerade gut auf die Regierung zu sprechen sind. Angesichts der Regelungen, die sie in dem britischen Frauenwahlrecht erblieben, seien sie sich auch logisch den jungen Mädchen gegenüber benachteiligt. Entgegnungen, Aufschreien, Proteste und Resolutionen häufen sich von Tag zu Tag, und es ist angesehen, daß die Suffragetten, die ja meist den reiferen Alter angehören, den eingeholten „Burgfrieden“ nicht lange mehr achten werden.

Beraubte Pflanzen.

Studien über die Wirkung des Rauchsauchs brachten den bestensierten Botaniker Professor Dr. Möller, wie er in der Umschau mitteilte, auf den Gedanken, daß der Rauch imstande sein könnte, die Blüteperiode der Knospe abzufürgen und zum Untergang zu veranlassen. Wenn man Blüte der verschleierten Pflanzen zur Zeit ihrer Blütezeit, das heißt im November oder Anfang Dezember, in einen geschlossenen Raum bringt, den man vorher mit Rauch nicht gefüllt hat, hier ein bis zwei Tage beläßt, dann wieder in die reine Luft „geräucherter“ Zweige oft ein bis drei Wochen früher aus als die ungeräucherten Kontrollzweige. Tabak-, Papier- oder Süßigkeitenrauch unterscheiden sich nicht wesentlich. Als besonderes Mittel für dieartige Versuche geeignet erwiesen sich unter anderem Blüten und Rosaflasianen.

Ein Zeichenbrett für Einarmige.

Die gehäuschten Hilfsmittel für das technische Zeichnen sind in ihrer Mehrzahl für Hinterländer gemacht, so daß sie Kriegsbeschädigte, die mir über eine vollständig brauchbare Hand verfügen, nicht benutzen können. Vorrichtungen, die dies auch Einarmigen ermöglichen sollen, werden nun in der Zeichnerzeitung beschrieben. Durch eine Mutter wird eine Rolle unter der Zeichnung befestigt und durch eine Feder, die die Rolle leicht gegen das Zeichentablett drückt, wird der Zeichnerkopf zum schnellen Anschlag gebracht. Auf der Scheibe ist ferner ein Winkel so befestigt, daß er mittels Dreiecken um eine Gradeintheilung beliebig verstellbar ist und in jeder gewünschten Lage festgehalten werden kann. Ein besonderes Merkmal ist die Vorrichtung nicht erforderlich, wenn auch ein Brett mit Seitenleisten des leichteren Gleitens wegen empfohlen wird.

Humor und Satire.

Sächsischer Landtag.

H. Stommer.

41. Sitzung. Dienstag, 28. März, nachm. 5 Uhr.
Die Kammer setzt sich zunächst durch den ihr mittels Dekret Nr. 16 vom 6. Januar 1916 vorgelegten Bericht über die Verwaltung der Landesbauernförderungsinstitutionen in den Jahren 1912 und 1913 für bestreikt.

Kapitel 24 des ordentlichen Hauses Armeemuseum (Einnahmen 2000 M., Ausgaben 13000 M.) wird glatt genehmigt.

Auch Kapitel 30: Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe zu Leipzig, Kunstsammlungen und Kunstschatzwerke zu Dresden, sowie Kunsthalle für Textilindustrie zu Plauen mit Zweigabteilungen (Einnahmen 55000 M., Ausgaben 1113907 M.) wird ebenfalls erledigt.

Von Kapitel 32, 33 und 34:

Landes-Gesundheitsamt, Hygienische Untersuchungsanstalten, Ambulatorische Kliniken (Politkliniken) usw. vergründet.

Abg. Müller (Soz.): das Entgegenkommen der Regierung gegen die Anhänger der Naturheilmethode, das in dem Versprechen der Errichtung einer außerordentlichen Praxis für Naturheilmethode nach dem Kriege besteht. Er spricht dann des längeren über die Verbesserung der Gesundheitsanstalten, verspricht sich von der Salvarsan-Behandlung nichts und fordert Aufhebung der Schweigepflicht der Ärzte.

Vizepräsident Bröckel (Soz.): Der Vorredner habe eine sehr ernste Frage angehoben, doch habe er offenbar kein Wissen nur aus der Literatur geschildert. Nur den Wissenschaften der Pariser sei er wohl wenig in Verbindung gekommen. Darunter hätten seine Ausführungen ganz wesentlich gelitten. Dann sei er auch natürlich einflussreich der Naturheilmethode. Dazu passe das von ihm empfohlene Rezept der Salvarsan-Behandlung aber durchaus nicht. In diesem würde auch er (Hedder) der Naturheilmethode die beste Freiheit wie den anderen Methoden. Nach dem Kriege werde die Regierung mit den Trägern des Arbeitersvertretung viel erreichen können. Die Überholose werde von neuem aufleben, die Reconvalezen werden sich in erster Weise vermehren und ebenso sei mit einer Steigerung der Gesundheitsanstalten zu rechnen. Ferner sei auch mit einem Aufleben des Sophistik zu rechnen. Hier gäbe es Fürsorge zu treffen, daß die Krankheiten aus dem Kriege und aus dem Ausland möglichst wenig nach Deutschland verschleppt werden. Maßnahmen der Gesundheitsverwaltung seien ja bereits geplant, die aus vor solchen Gefahren schützen sollen. Diese lebenspendende Kriegerinde vor seiner Entlassung dringlich unterstellt werden. Im Interesse der Allgemeinheit müsse hier zügigstes vorgegangen werden. Am Sonnabende sollte daher dafür eingesetzt werden, daß imuge eines Abgeordneten der Salvarsan-Behandlung müsse man sich dann doch auf die Wissenschaft und auf die gemachten Erfahrungen stützen. Darauf werden die Kapitel genehmigt. — Zur Gewährung vergründlicher Parteien an Gemeinden oder Gemeindeverbänden zur Durchführung von Erweiterungsplänen nach § 38 des Allgemeinen Bauugesetzes werden entgegengemäß und ohne Bedatte 1000000 M. (Titel 1 des außerordentlichen Hauses) bewilligt.

Es folgt dann noch die Schlusserörterung über Kapitel 64 des ordentlichen Hauses.

Gewerbe- und Dampfseeflaßfisch.

Die Finanzdeputation A (Berichterstatter Abg. Müller [Soz.]) beantragt die Einnahmen mit 88000 M. und die Ausgaben mit 300000 M. zu genehmigen. Weiter soll die Staatsregierung erachtet werden, die Errichtung eines selbständigen Landesgewerbeamtes unter Berücksichtigung gewisser Wünsche in die Wege zu leiten und statistische Erhebungen über die Beschäftigungsweltweite Arbeitskräfte in den Industriebranchen während des Krieges statt, über die Zahl der in den Gewerbeaufsicht unterstellten Betrieben befindlichen Kriegsverletzten und ihrer Entlohnung und über das Verhältnis der Entlohnung des Arbeiters für zur Steigerung der Eigentumsmittpreise befähigt vorgenommen.

Abg. Dr. Löwner (ndl.) ist erfreut darüber, daß von Statistiken der Gewerbeinspektionen über die wirtschaftlichen Verhältnisse während der Kriegszeit mit Rücksicht auf das soziale Ausland abgesieht werden ist. Notwendig sei eine bessere Erziehung der Betriebes zur Verbesserung der Unfallgeschichten selbst. Die sozialen Arbeitskräfte seien sich besonders leicht über die Unfallverhütungsvorschriften hinweg. Angesichts des großen Entgegenkommens, welches bisher die auf diesem Gebiete von den Vertretern der Arbeiterschaft geführten Wünsche gefunden hätten, müsse er sich über den Antrag der Deputation auf Errichtung eines selbständigen Landesgewerbeamtes wundern. Nach dem Kriege werde es gewiß andere und wichtigere Aufgaben geben als die Umgestaltung des Gewerbeaufsichtsamtes. (Gehrt richtig! bei den Rat!

Minister des Innern Graf Bismarck kann ein dringendes Bedürfnis für Errichtung eines selbständigen Landesgewerbeamtes nicht annehmen. Durch die Verordnung vom 13. November 1912 sei das Verhältnis zwischen den Gewerbeaufsichtsämtern und den Bezirksräten erheblich enger gestaltet worden. Und das Landesgewerbeamt würde nur eine anstrengende und kostspielige Tätigkeit ausüben können. Wie Rücksicht auf den lädenlosen Standort der Gewerbeaufsicht und aus organisatorischen Bedenken müsse er es ablehnen, die Errichtung eines Landesgewerbeamtes in Aussicht zu stellen.

Abg. Helm (Soz.): Anlässlich der großen Arbeitslosigkeit nach Ausbruch des Krieges hat sich herausgestellt, ein wie wichtiger Faktor die Gewerbeaufsicht ist. Die gewerbeaufsichtlichen Organisationen haben seit Kriegsbeginn über 30 Millionen für Kriegsfürsorge und Arbeitslosenfürsorge aufgebracht. Davon entfällt mehr als ein Drittel auf Sachsen. Diese Zahlen haben auch den preußischen Staatssekretär Debré zu der Erklärung veranlaßt, daß die Gewerbeaufsicht nach dem Kriege besser behanbelt werden sollen. Hoffentlich werde auch die sächsische Regierung alle Veroordnungen, die von der Arbeiterschaft als Ausnahmegesetze angesehen werden, fallen lassen, vor allem die Verordnung über das Koalitionsrecht. Zum Beispiel zum Vorredner muß ich bedauern, daß die Berichte der Gewerbeinspektionen diesmal nicht erscheinen sind. Das Ausland hätte dann nur sagen können, was steht doch, welche Kraft in diesen Seiten steht. (Gehrt richtig! bei den Soz.) Die Dinge liegen also gerade umgedreht, wie es der Abg. Dr. Löwner hingestellt hat. Das Einbringen der Frauenarbeit in Berufe infolge des Krieges, wo man es für möglich gehalten hätte, das Entstehen neuer Produktionszweige, die verdeckte Dienstweise, eine etwa höhere Rohstoffabgabe usw. münden gerade in der Kriegszeit genau auf die Erneuerungen notwendig. — Hinterher sind solche nicht mehr möglich — das alles sind so schwerwiegende Probleme der jugendlichen Gewerbeaufsicht, die nach dem Kriege gelöst und deshalb genau untersucht werden müssen. Nach dem Kriege muß eine Arbeiterschutzgesetzgebung durchgeführt werden, die es ermöglicht, unsere Stellung auf dem Weltmarkt zu beibehalten. Die Geschäftspunkte in der Frage des Landesgewerbeamtes sind nur zu klären. In Pandern ist das schon längst durchgeführt, was hier noch gefordert werden will. Lehner bringt dann folgendes darüber vor, daß seit einiger Zeit die Zölle namentlich in der Metallindustrie eine sinkende Tendenz haben, wobei sich gegen die Rohstoffpreise gegenüber den Kriegsverleihen, die in der Anrechnung der Militärenten auf die Zölle liegen, und wünscht, daß gegen solche Unternehmer mit Hilfe des § 188 der Gewerbeordnung (Verbot gegen die guten Güter) vorgegangen wird. Dem Abg. Dr. Löwner sollte auch befehlen sein, daß von uns Vorträge über Vorträge gehalten werden, daß sich die Arbeiterschaft mit den Unfallverhütungsvorschriften vertraut machen und auf die Betriebsverbesserungen, die sie vor Schaden behüten sollen, aufgeklärt werden sollen. (Vorfall bei den Soz.)

Abg. Müller (Soz.) polemisiert gegen den Abg. Dr. Löwner, wobei er darauf hinweist, daß das vorliegende Kapitel dasjenige sei, bei dem schon immer die Gegenwart von Arbeit und Kapital aufeinander abstimmen ließen. Dann befähigt er den absehenden Standpunkt der Regierung in der Frage des Landesgewerbeamtes. In Sachsen sollte und müsse ein anderer Organismus geschaffen werden, in dem die Gewerbeaufsicht nach einheitlichen Gesichtspunkten gelebt und mit der wunderschönen Energie durchgeführt werden.

Auch einer kurzen Erörterung des Abg. Dr. Löwner (ndl.), der behauptet, von den sozialdemokratischen Redern in vielen Punkten mitverhandelt werden zu sein, wird das Kapitel einstimmig genehmigt. Der Antrag auf Errichtung eines Landesgewerbeamtes ist abgelehnt. Die Erörterung auf Erstellung eines Landesgewerbeamtes zu Dresden, sowie Kunsthalle für Textilindustrie zu Plauen mit Zweigabteilungen (Einnahmen 55000 M., Ausgaben 1113907 M.) wird ebenfalls erledigt.

Von Kapitel 32, 33 und 34:

Landes-Gesundheitsamt.

Hygienische Untersuchungsanstalten, Ambulatorische Kliniken (Politkliniken) usw. vergründet.

Abg. Löwner (ndl.): das Entgegenkommen der Regierung gegen die Anhänger der Naturheilmethode, das in dem Versprechen der Errichtung einer außerordentlichen Praxis für Naturheilmethode nach dem Kriege besteht. Er spricht dann des längeren über die Verbesserung der Gesundheitsanstalten, verspricht sich von der Salvarsan-Behandlung nichts und fordert Aufhebung der Schweigepflicht der Ärzte.

Vizepräsident Bröckel (Soz.): Der Vorredner habe eine sehr ernste Frage angehoben, doch habe er offenbar kein Wissen nur aus der Literatur geschildert.

Nur der Krieger und die Kriegsverletzten in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14. bis 18. April. Preis 10 Pf. Sind 25 M., 100 Stück 40 Pf.

Broschüre während des Krieges. Eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge in Haus- und Kleingärten und ein Rahmenwort an jeden Deutschen. Von Max Heßdörfer, 14